

GEDENKSTÄTTEN-RUNDBRIEF

STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS



Nummer 70
Mai 1996



Inhalt

Berichte

„Friedland“ bei Hessisch Lichtenau. Geschichte einer Stadt und Sprengstofffabrik (Teil 2)

von Gregor Espelage

„Passagen“ und „Bibliothek“ - zwei Beispiele von Rainer Höynck

Mit zwölfjährigen Schülerinnen und Schülern in die Gedenkstätte Bergen-Belsen?

von Julius H. Kriszan

Informationsbüro KZ-Grab- und Gedenkstätte Flossenbürg

von Jörg Skribeleit

Der Hamburger Senat und die KZ-Gedenkstätte Neuengamme - Sachstandsbericht und Erklärung der Amicale Internationale KZ Neuengamme

von Robert M. Pinçon und Fritz Bringmann

Infos, News

Ständige Ausstellung in restaurierter Gundersberger Synagoge eröffnet

von Ulrike Lange-Michael

Potsdamer Appell - zum Umgang mit den Opfern der NS-Militärjustiz

Museum der Kriegsgefangenen in Łambinowice-Opole hat Wettbewerb zur Niederschrift von Erinnerungen Kriegsgefangener ausgeschrieben

Forschungsvorhaben

Veranstaltungshinweise

Ausstellungen

Literaturhinweise

Beilage

Sondernummer des Gedenkstätten-Rundbriefs:

Memorials for the Victims of the Nazi Regime - an Overview

Englische Fassung der bereits im März in deutscher Sprache erschienenen Sondernummer.

Für weitere Bestellungen bitte die Rückseite beachten!

Titelfoto

Das von Dani Karavan geschaffene Denkmal für Walter Benjamin in Portbou:

Der Abstieg zwischen rostroten Stahlwänden endet vor einer Glasscheibe, die den Blick auf das Meer und auf die ständige Brandung freigibt. In ihr ist Benjamins Satz eingraviert: „Schwerer ist es, das Gedächtnis der Namenlosen zu ehren als das der Berühmten. Dem Gedächtnis der Namenlosen ist die historische Konstruktion geweiht.“ Beim Aufstieg sieht der Betrachter nur ein Stück Himmel am Tunnel-Ende.

(Siehe dazu auch den Beitrag von Rainer Höynck in diesem Rundbrief.)

Foto: Stefanie Endlich.

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Stiftung Topographie des Terrors
Budapester Str. 40
D - 10787 Berlin
Tel.: 030 - 254509-15
Fax: 030 - 2613002

Redaktion: Thomas Lutz

Layout und Satz: Peter Nowick

Gesamtherstellung:

GWP-Druck
38154 Königslutter-Beienrode

Gegründet 1983 von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.; Berlin



„Friedland“ bei Hessisch Lichtenau. Geschichte einer Stadt und Sprengstofffabrik (Teil 2)

von Gregor Espelage

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben und Lagern der Sprengstofffabrik sollen abschließend in den drei Bereichen Unterkünfte, Arbeitswirklichkeit und Strafpraxis dargestellt werden.

Lager und Siedlungen

Mit dem vorgeschriebenen Sicherheitsabstand von einigen Kilometern wurde um das Gelände der Sprengstofffabrik ein Kranz von Lagern und Siedlungen zur Unterbringung der Arbeitskräfte geschaffen. Fragen der Unterkunft und damit zusammenhängende soziale Maßnahmen für die Arbeitskräfte der Sprengstofffabrik waren allerdings schon bei der ursprünglichen Planung vollständig vernachlässigt worden. Miserable Lagerunterkünfte und fehlende Sozialeinrichtungen wurden von Anfang an billigend in Kauf genommen, wie der Chefingenieur der Dynamit AG in Nürnberg freimütig bekannte, denn der Bau der Lager rangierte stets hinter Werksausbau und den Produktionssteigerungen, die beschlossen und in Angriff genommen wurden, bevor die Unterbringungsfrage geklärt war. Auf übelste Mißstände wurde mit Improvisationen reagiert. Aus Provisorien wurden Dauereinrichtungen.

Zwischen den einzelnen Lagern und Siedlungen gab es in Bauweise und "Komfort" allerdings beträchtliche Unterschiede. Gerade die primitiven Holzbarackenlager waren zeitweise katastrophal überbelegt. Unterschiede in der Qualität der Unterbringung wurden gemacht zwischen Betriebs-

und Bauarbeitern sowie zwischen den Angehörigen verschiedener Nationen.

Die besten Unterkünfte wurden für die Betriebsleitung, leitende und einfache Angestellte in den Gebäuden des Lenoir-Stifts und der Siedlung Fürstenhagen geschaffen. Ihnen folgten die Siedlungen Herzog und Waldhof für Betriebsarbeiter/innen aus Deutschland und westeuropäischen Ländern. In den Holzbarackenlagern Teichhof und Vereinshaus waren deutsche, west- wie ost- und südeuropäische Bauarbeiter untergebracht, ebenfalls der Reichsarbeitsdienst mit Ausnahme der Führungsgruppe. Die erbärmlichsten Unterkünfte hatten sich in den Barackenlagern Esche-Holz, Steinbach und Föhren polnische und sowjetische Arbeiter und Arbeiterinnen sowie italienische Kriegsgefangene zu teilen.

Behördliche Beteuerungen und kategorischen Aussagen der Deutschen Arbeitsfront sowie der Betriebsleitung, daß die primitiven Unterkünfte den Frauen nicht zumutbar seien, brachten nur den deutschen Dienstverpflichteten Verbesserungen. Mit dem Masseneinsatz ausländischer Frauen verstummte die Sorge. Hiervon betroffen waren vor allem Frauen aus der Sowjetunion. In der Unterbringung der ungarischen Frauen zählte weder Geschlecht noch Status als Betriebsarbeiterinnen. Deren Verfolgung als Jüdinnen setzte sich fort in der teilweisen Umrüstung des Lager-Vereinshauses zum Konzentrationsaußenlager.

Tödliche Produktion

Der Großteil der Belegschaft war einer alltäglichen Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt. Dies belegen die zahlreichen, mitunter tödlichen Arbeitsunfälle, die häufi-

gen Säureverletzungen sowie die Gesundheitsschäden und tödlichen Erkrankungen, die schon nach kürzester Zeit auftraten, vor allem aber die Art und Zahl der großen Explosionen.

Die sicherheitstechnischen Bestimmungen der besonders sicherheitsempfindlichen Sprengstoffindustrie waren mit zunehmender Kriegsdauer aufgeweicht worden. Maßgeblich hierfür war ein Bündel unterschiedlicher Faktoren: die mit Ausweitung des Krieges immer höhergeschraubten Produktionsanforderungen, der Rohstoffmangel und dadurch bedingt die Verwendung kaum erprobter Sprengstoffmischungen, die Ignoranz und teilweise Unkenntnis verantwortlicher Betriebsleiter gegenüber den Bestimmungen bei gleichzeitigem Arbeitskräftemangel, insbesondere Facharbeitermangel, hoher Fluktuation und Verständigungsproblemen mit der wachsenden Zahl fremdsprachiger Arbeitskräfte, die überdies zum Großteil schlecht ausgebildet, versorgt, ernährt, bekleidet und untergebracht waren.

Die bei weitem lebensgefährlichsten Bereiche der Werksanlagen waren die Füllstellen, die in Hessisch Lichtenau nicht mechanisiert waren und so zu den personalintensivsten Bereichen gehörten. Hier arbeiteten schwerpunktmäßig zunächst deutsche Dienstverpflichtete, dann ausländische Zwangsarbeiter/innen insbesondere aus der Sowjetunion und schließlich die Ungarinnen. Immer wieder standen aus Sicht der Fabrikleitung billige Arbeitskräfte zur Verfügung, so daß eine Mechanisierung der kostenintensivere Weg war. Von den 180 nachgewiesenen Todesopfern der Explosionen in der Sprengstofffabrik Hessisch Lichtenau starben bei drei großen Explosionen in den Füllstellen 152 Männer und Frauen.



Schon die Daten der insgesamt sechs Explosionen belegen die "Priorität der Produktionsanforderung" vor sicherheitstechnischen Überlegungen. In keinem Fall handelte es sich um den tragischen Fall einer Naturkatastrophe, die "Betriebsunfälle" waren "hausgemacht". Zwar lassen sich die Explosionsursachen nicht kriminalistisch genau und im Einzelfall konkret nachweisen, aber ein Zusammenhang der großen Explosionen mit gestiegenen Produktionsanforderungen, mit lebensgefährlichen Experimenten der Sparmischungen, mit der Arbeitseinsatzlage und den allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unabweisbar.

Zwei Explosionen führten zu produktionstechnischen Konsequenzen. 1938 wurde das Einsparen eines Nitrierschrittes wieder aufgegeben, 1943 das Verfüllen einer "Sparmischung". Dies bedeutet, daß zumindest in diesen beiden Fällen lebensgefährliche und tödliche Experimente in der Sprengstofffabrik durchgeführt worden waren.

Nach den Untersuchungen der Explosionsursachen durch Kriminalpolizei und Gestapo wurde der anfängliche "Sabotageverdacht" in jedem Fall ausgeschlossen. Dennoch wurden Fabrikleitung oder einzelne Betriebsleiter nicht zur Verantwortung gezogen. Bei den Untersuchungen erwiesen sich die Aussagen der Fabrikdirektoren und leitender Angestellter als beschönigend, ungenau und ablenkend; ähnlich verhielten sich Gewerbeaufsichtsamt und die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie.

Das Hauptinteresse der Verantwortlichen galt nach den Explosionen jeweils dem möglichst schnellen Wiederaufbau. Stereotyp wird in den Nachrichten über einzelne Explosionen der Satz wiederholt, 'die Bauweise habe sich grundsätzlich bewährt'; gemeint ist damit die Streubauweise, Betonrahmenkonstruktion und Erdumwallungen der explosionsgefährdeten Bunker. Dieser Satz mag "richtig" sein aus der Perspektive der Rüstungsplaner, er zeigt zugleich, daß

die Todesopfer zwar nicht einkalkuliert, aber in Kauf genommen wurden.

Unter den Toten überwiegt bei weitem der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte. Schon das stellt die spätere Selbstverteidigung der Fabrikleitung und die Beleuerungen ehemaliger Dienstverpflichteter, Ausländer seien im Arbeitseinsatz den Deutschen gleichgestellt gewesen, in Frage.

Kontrolle und Strafe

Unmittelbar bei Kriegsende wurde der Fabrikleitung Hessisch Lichtenau vorgeworfen, für "unsoziale Verhältnisse" im Betrieb verantwortlich gewesen zu sein. Bis zu den Spruchkammerverfahren zwei Jahre später wurden belastende Zeugnisse der politischen Ausschüsse in Hessisch Lichtenau und Fürstenhagen zurückgezogen und durch positive Leumundszeugnisse gekontert, die soziale Fürsorglichkeit und politische Toleranz attestierten.

Geblichen sind eine Reihe belastender Aussagen und Zeugnisse, die die Praxis der Entrechtung, der Verbote, Kontrollen und Strafen vor allem gegen die Zwangsarbeiter/innen dokumentieren. Diese Praxis entstand vor Ort im Kontext einer konfliktträchtigen Situation bereits in den ersten Jahren der Produktion. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen hatten bei vielen deutschen Dienstverpflichteten eine Unzufriedenheit bis hin zu einer unterschwelligen Resistenz stimuliert, die auf die Produktionsleistung der Fabrik durchzuschlagen drohte. Der Masseneinsatz ausländischer Arbeitskräfte konnte diese Situation nicht entschärfen. Die ausländischen Arbeitskräfte litten unter den gleichen und zum Teil noch schlechteren Lebensbedingungen. Sie reagierten mit ähnlichen Formen der Selbstentpflichtung. Sie kehrten aus dem Urlaub nicht zurück, flüchteten oder verstümmelten sich selbst.

Zu den Kontrollorganen der Fabrik zählten Betriebsleitung, Abwehrbeauftragter, Werksschutz und Personalabteilung mit dem

eigens eingerichteten "Bummelantenbüro". Der Betriebsleitung stand ein abgestuftes System der Strafmöglichkeiten innerhalb des Betriebes zur Verfügung, das von der Verwarnung über Geldstrafen, Lohn- und Urlaubskürzungen, Versetzung an einen schlechteren, "giftigen" Arbeitsplatz, Abschiebung zur Wehrmacht bis zur Anzeige beim Arbeitsamt reichte. Entgegen ihrer Selbstdarstellung nach dem Krieg war die Fabrikleitung mit Meldungen und Anträgen beim Arbeitsamt wie bei der Gestapo aktiv an den Zwangsmaßnahmen gegen in- und ausländische Arbeitskräfte beteiligt. Sie berief sich dabei auf die "Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung".

Schon die Verpflichtung in die Fabrik Hessisch Lichtenau konnte eine gezielt verhängte Strafe sein. Entsprechend gehörte zum Strafkatalog gegen Arbeitskräfte auch die verweigerte Entpflichtung nach Ablauf der schriftlichen Dienstverpflichtung. Mit dem Reichstreuhänder der Arbeit traf die Fabrikleitung eine Sondervereinbarung, nach der in- und ausländische Arbeitskräfte der Fabrik im Ortspolizeigefängnis kurzfristige Haftstrafen absitzen sollten. Die Vereinbarung diente dem Zweck, Bestrafungen der sogenannten "Arbeitsverweigerer" durchzuführen und gleichzeitig den Ausfall der Arbeitsstunden möglichst gering zu halten.

Die statistische Auswertung der vereinbarten Polizeistrafen und Haftkosten dokumentiert die Praxis dieser Sondervereinbarung und den Einsatz der Orts- und Kreispolizeibehörden bei der Überwachung und Kontrolle der Arbeitskräfte. Die Zahl der veranlagten Personen wuchs seit 1942, dem Jahr des Masseneinsatzes ausländischer Männer und Frauen, weit überproportional dem Zuzug auswärtiger Arbeitskräfte. Gleichzeitig verdreifachte sich die Höhe der durchschnittlich verhängten Polizeistrafen. Der Tod eines polnischen Arbeiters und zweier sowjetischer Kriegsgefangener im Polizeigefängnis Hessisch Lichtenau kann nur konstatiert werden. Die Todesfälle



haben kaum archivalische Spuren hinterlassen.

Die beiden in zeitgenössischen Erinnerungen am meisten "gefürchteten" Gendarmenbeamten waren Hans Weber und Julius Karaschewski. Der besondere Eifer des Gendameriemeisters Weber provozierte eine der wenigen, archivalisch belegten Widerstandsaktionen. In einer Septembernacht 1941 waren sieben große mit schwarz-roter Druckschrift bemalte Plakate im Stadtgebiet aufgehängt worden, auf denen zu lesen stand: "Er ist ein Bluthund. Wolf im Schafspelz, schlimmer als Stalin, schon viele unschuldig ins Gefängnis gebracht, die Gefängniswände mit ihren Inschriften zeugen davon, hängt ihn am Kirchturm auf..." Weber wurde später von der Spruchkammer Witzenhausen als einzige Person aus dem Landkreis in die Gruppe der Hauptschuldigen eingestuft, da er "Ausländer und Verschleppte mißhandelt hatte."

Im Umgang mit westlichen Ausländern galt eine relative Freizügigkeit, deren einschränkenden Bestimmungen schwer zu kontrollieren waren. In der Praxis ließen sich die Kontaktverbote schon gar nicht am Arbeitsplatz hinreichend kontrollieren. Anders bei den osteuropäischen Arbeitskräften. Hier setzte die Gendarmerie und Gestapo auf eine exemplarische und abschreckende Bestrafung nachweislich bei der Durchsetzung der "Sonderbestimmungen" für polnische Arbeitskräfte. Die bürokratische Gründlichkeit der Erlaßmaschinerie fand in Hessisch Lichtenau ihre Entsprechung in der ortspolizeilichen Praxis, Kennzeichnungspflicht, Aufenthalts- und Kontaktverbote durchzusetzen.

Der Konflikt um die Behandlung polnischer Arbeitskräfte in einem Lichtenauer Friseurgeschäft zeigte dabei beispielhaft, daß das Herrenbewußtsein und die Abgrenzung gegenüber den polnischen Arbeitern nicht unbedingt verordnet werden mußte, sondern in Teilen der Bevölkerung verwurzelt war. Gelöst wurde der Konflikt mit einer gesonderten Frisierstube für Polen. Eine

entsprechende Verschärfung der "Sonderbestimmungen" folgte später.

Nach dem Krieg sind Leumundszeugnisse der Spruchkammerverfahren bemüht, ein ehemals gutes Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Arbeitskräften zu attestieren, das nicht allgemein üblich gewesen sei und den gesetzlichen Vorschriften widersprochen habe. Schikanen, Übergriffe und Mißhandlungen deutscher und ausländischer Arbeitskräfte sind gleichfalls durch Aussagen nach dem Krieg in Einzelfällen bezeugt. Erkennbar ist das Bemühen in mehreren Zeugnisaussagen, den Unrechtsgehalt eines solchen Verhaltens mit Verweis auf die soziale Zusammensetzung der Belegschaft zu relativieren.

Die Fabrikleitung verteidigte sich nach Kriegsende, kein deutscher Arbeiter sei in ein Konzentrationslager deportiert worden und verschwieg die Deportationen ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen. Vor allem das "Bummelantenbüro" in der Personalabteilung war wesentlich beteiligt bei der Einweisung in Arbeitserziehungs- und Konzentrationslager. In den vorliegenden, lückenhaften Quellen fanden sich Hinweise auf 156 Personen aus der Region Hessisch Lichtenau, die zwischen 1940 und 1945 im Arbeitserziehungslager Breitenau mit unterschiedlicher Dauer bestraft wurden. Der weitaus größte Teil war beim Bau und im Betrieb der Sprengstofffabrik beschäftigt. Etwa jede/r fünfte dieser "Schutzhaftgefangenen" wurde von Breitenau weiter in ein Konzentrationslager deportiert: nach Dachau, Ravensbrück, Buchenwald und Sachsenhausen.

Die hohe Zahl der Häftlinge, die trotz der genannten Sondervereinbarung der Fabrik mit dem Treuhänder der Arbeit nach Breitenau und in Konzentrationslager deportiert wurden, verdeutlicht das Ausmaß alltäglicher, tatsächlicher und drohender Repression. Indem einzelne eingewiesen wurden, war allen gedroht. Darüber hinaus belegt die Auswertung der Breitenau-Akten die im nationalen Vergleich noch einmal gesteigerte Bedrohung und Verfolgung der Arbeiter

und Arbeiterinnen aus osteuropäischen Ländern.

Nach dem Krieg

Am 2. April 1945 wurde Hessisch Lichtenau von amerikanischen Truppen besetzt. Die Befreiung wollte ausgelebt und gefeiert sein, viele wollten sich jetzt und zwar auf der Stelle das nehmen, was ihnen solange verwehrt war. Dies kann auch als eine der Ursachen gelten für das größte Unglück der unmittelbaren Nachkriegszeit, als 45 Lagerbewohner an einer Methyalkoholvergiftung starben.

Anfang Mai begannen die Amerikaner mit dem gruppenweisen Abtransport der Ausländer, die über verschiedene Sammellager in ihre Heimat zurückkehrten. Ende Juni meldete der Lichtenauer Bürgermeister, die Ausländer seien abtransportiert worden. Auf Anordnung der Militärregierung und in Durchführung alliierter Abmachungen wurden dabei sowjetische Arbeiter/innen auch gegen ihren Willen in die Heimat zurückgeführt.

Neben langfristigen körperlichen Schäden und den Folgen seelischer Beanspruchung wurde für viele Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen die Erfahrung schmerzhaft, daß sie auch nach dem Krieg Opfer blieben, weil sie - wie in der Sowjetunion - als "Landesverräter" galten, die für den Feind gearbeitet hatten oder weil sie sich - wie im Nachkriegsfrankreich - keiner Resistance rühmen konnten und ihnen deshalb die staatliche und gesellschaftliche Anerkennung ihres Schicksals versagt blieb.

Eine materielle Entschädigung und damit auch Anerkennung ihrer Verfolgung aus dem Land, für dessen Wirtschaft sie hatten arbeiten müssen, erreichte nicht alle und kam für viele erst Jahrzehnte nach Kriegsende. Die Praxis der Entschädigungsregelung bedeutete oftmals eine zweite Verhöhnung der Opfer. Die deutsche Industrie zahlte mit Ausnahmen bei jüdischen Zwangsarbeitern keinen Pfennig. Die Aus-



nahme betraf auch Überlebende des KZ-Außenkommandos Hessisch Lichtenau. Nachdem in den 60er Jahren Verhandlungen der jüdischen Interessenvertretung mit Friedrich Flick, dem Hauptaktionär der Dynamit Nobel, gescheitert waren, erhielten Überlebende seit dem Verkauf der Flick-Aktien an die Deutsche Bank 1986 auf Antrag eine kleine Abfindung.

In den Gebäuden der stillgelegten Sprengstofffabrik wurde in der zweiten Jahreshälfte 1945 das Ministerial Collecting Center (MCC) untergebracht. Das MCC war die Stelle, an der unter dem Operationsnamen "Goldcup" die verstreuten Akten, Materialien und mittleren Beamten der vormaligen Reichsbehörden gesammelt wurden. Während der Großteil der Fabrikgebäude noch für Zwecke des MCC genutzt wurde, war das Vermögen unter Aufsicht gestellt worden. Zeitweilig übernahmen der ehemals stellvertretenden Fabrikdirektor und leitendes Werkspersonal die treuhänderische Verwaltung. Schließlich wurde das von der Montan verwaltete Vermögen von der "Abwicklungsstelle für den gesamten Speer-Komplex" kontrolliert.

1951 gelangte das Vermögen im Bundesgebiet wieder in den Besitz der Montan, die im selben Jahr in "Industrie Verwaltungsgesellschaft mbH" (IVG) umbenannt wurde. Aufgabe der IVG war und ist die Verwaltung und z.T. Veräußerung des umfangreichen Liegenschafts- und Anlagenbesitzes. Mit Beginn der 60er Jahre erkannte nach einer Selbstdarstellung der Firma die Bundesregierung die "Zweckmäßigkeit eines erneuten Einsatzes der IVG für die Rüstungswirtschaft". 1986 ging die IVG an die Börse, 1993 wurde das Unternehmen vollständig privatisiert.

Die Dynamit A.G. wurde mit ihren Tochtergesellschaften im Rahmen der I.G. Farben Kontrolle zunächst von ihrem ehemaligen Direktor Lore treuhänderisch verwaltet. Produktionsbeschränkungen für Sprengstoffe, die nur noch für Bergbauzwecke hergestellt werden durften, wurden wie nach dem Ersten Weltkrieg durch eine in der Roh-

stoffbasis verwandte Kunststoffproduktion aufgefangen. Ende 1953 wurde die Gesellschaft aus der Vermögenskontrolle entlassen. In den 50er Jahren war ein erneutes wehrtechnisches Engagement nach Angaben der Direktion vor allem auf die Initiative von Herren der alten Verwertchemie zurückzuführen, unter ihnen der ehemalige Direktor der Fabrik Hessisch Lichtenau. Mit dem Aufbau der Bundeswehr und der Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht wurde die neue Verwertchemie mit den alten Herrn neu gegründet zum Aufbau eines Werkes in Liebenau.

Auf dem stillgelegten Firmengelände in Hirschhagen fiel die Demontage nicht so radikal aus, wie es angekündigt und befürchtet worden war. Eine "Demilitarisierung" hatte mit der Munitionsvernichtung kurz vor Einmarsch der Besatzungstruppen begonnen und war danach mit Munitionssprengungen vor Ort fortgesetzt worden. Die Plünderungen hatten Übriges getan. Die eigentliche, geordnete Demontage begann nach dem Abzug des MCC im Februar 1946 mit der Reparationsinventur. Güter aus der Sprengstofffabrik Hessisch Lichtenau wurden in acht verschiedene Länder geschickt, insbesondere nach Frankreich und Jugoslawien. Anschließend wurde etwa ein Drittel der Fabrikgebäude gesprengt.

Vereinzelt hatten sich schon während der Demontagezeit neue Kleinbetriebe, im Gebäuden der ehemaligen Sprengstofffabrik eingerichtet. Für den Aufbau einer Friedensindustrie erwiesen sich nach dem Krieg Faktoren als Standortnachteile, die vor dem Krieg Standortwahl und Bauweise der Sprengstofffabrik bestimmt hatten. Die IVG konnte so nur einen Teil des ehemaligen Werksgeländes verkaufen. Auf einem mit Rückständen aus der Zeit der Sprengstoffproduktion schwer belasteten Grund und Boden entstand ein gemischtes Wohn- und Industriegebiet.

Erinnerungen vor Ort

Erst Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges rückte die Geschichte der Fabrik wieder in das historische Alltagsbewußtsein vor Ort und fand Mitte der 80er Jahre auch ein überregionales Interesse in der Medienöffentlichkeit. Den ersten Anstoß gab die Arbeit der Diplomingenieure Wolfram König und Ulrich Schneider, die die ökologischen Spätfolgen der Rüstungsproduktion untersuchten und dabei mit dem historischen Ansatz neue Wege erschlossen, diese Form eines giftigen Erbes 'aufzuarbeiten'. Den zweiten Anstoß gab eine Schülergruppe der Lichtenauer Freiherr von Stein-Schule, die im Rahmen einer Projektwoche das Schicksal der Frauen im Außenkommando des Konzentrationslagers Buchenwald recherchierten. Dieter Vaupel, Lehrer und Leiter der Schülergruppe, veröffentlichte die Ergebnisse dieser Arbeit.

Die Stadt Hessisch Lichtenau reagierte 1984 auf beide Veröffentlichungen mit der Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erforschung der Stadt- und Werksgeschichte und verpflichtete zwei Historiker als ABM-Kräfte. Nach Ende der AB-Maßnahme wurden die Forschungen privat weitergeführt und schließlich 1992 und 1994 in zwei Bänden publiziert. Auf die Ergebnisse dieser Arbeit stützt sich der vorliegende Aufsatz. Zu der mit annähernd 500.000,- DM öffentlicher Gelder großzügig geförderten Geschichtsschreibung bleibt kritisch anzu merken, daß der Förderung kein Engagement zur Vermittlung der Arbeitsergebnisse entspricht. Selbst auf kostenlose Angebote reagiert die Stadt mit Desinteresse.

Neben der wissenschaftlichen Erforschung ließ die Stadt im April 1986 einen Stein auf das Gelände des ehemaligen Konzentrationsaußenlagers setzen "Zum Gedenken an die ungarischen Jüdinnen" (Inschrift). Vorausgegangen waren heftige Auseinandersetzungen vor Ort, in denen die eine Seite das Denkmal für eine bestimmte Opfergruppe ablehnte, da alle dienstverpflichteten und deportierten Arbeitskräfte Opfer gewesen seien.

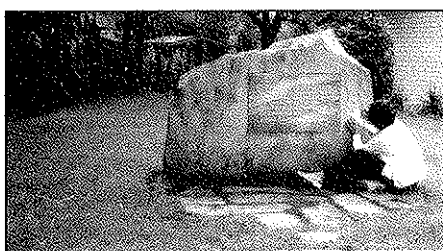
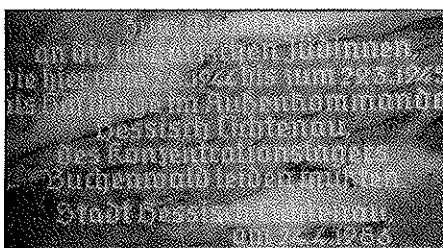


Magistrat der Stadt und der Kirchengemeinde anlässlich der Gedenkfeiern 1995 am ehemaligen Arbeitsweg nahe des Haupteingangs aufgestellt. Die Namen der Todesopfer wurden neben einem Gedenkstein im Schaft einer originalen Straßenlaterne versenkt.

Gregor Espelage hat zu dem Thema veröffentlicht:

Geschichte einer Stadt und Sprengstoffabrik in der Zeit des Dritten Reiches; Band I: Geschichte der Stadt; Band II: Geschichte der Sprengstoffabrik; hgg. von der Stadt Hessisch Lichtenau 1992 und 1994.

Bezugsquelle: Buchhandlung Heller, Landgrafenstraße, 37235 Hessisch Lichtenau.



Überlebendentreffen im April 1986.

Die Auseinandersetzungen führten u.a. zur Gründung der Geschichtswerkstatt Hessisch Lichtenau e.V.. Diese organisierte 1986 und 1987 Besuche ehemaliger Zwangsarbeiter/innen in Hessisch Lichtenau und einen Gegenbesuch in Budapest. Heute bietet die Geschichtswerkstatt Führungen durch das ehemalige Werksgelände an und vermittelt für Schulen und andere öffentliche Einrichtungen Zeitzeugengespräche mit Blanca Pudler und Eva Baik aus Budapest, die das KZ-Außenkommando überlebt haben.

Einen gewissen Abschluß erreichten die örtlichen Auseinandersetzungen mit einem Denkmal für "alle Männer und Frauen, die während des Krieges gezwungen wurden, der Maschinerie des Tötens und Zerstörens zuzuarbeiten" (Inschrift). Dieses wurde vom



Denkmal für das KZ-Außenlager Hirschhagen.



„Passagen“ und „Bibliothek“ - zwei Beispiele

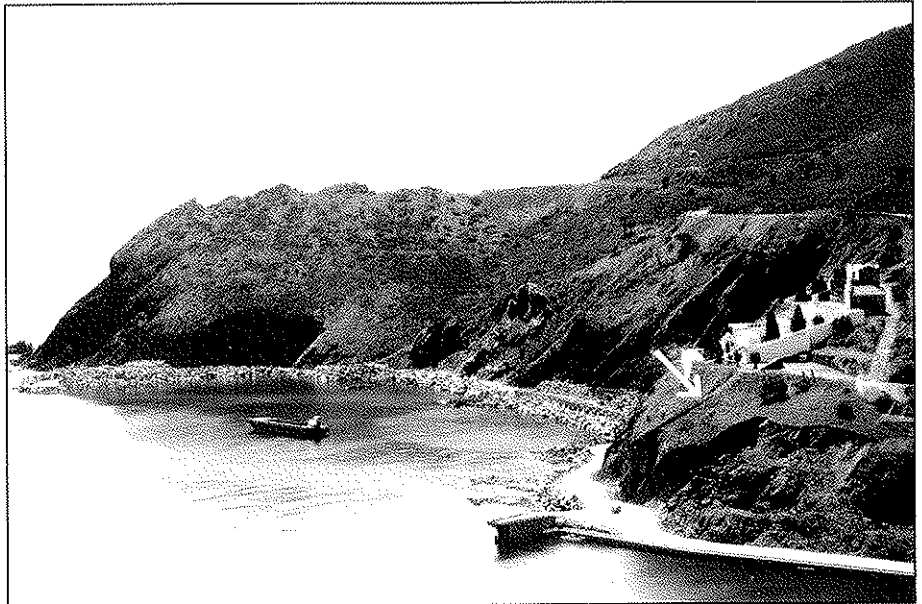
von Rainer Höyneck

An Arbeiten von Dani Karavan und Micha Ullman wird hier erinnert aus aktuellem Anlaß.

Wie geht es weiter mit dem „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“? Das Hearing der Bonner SPD-Fraktion im Februar und verschiedene daraufhin veröffentlichte Stellungnahmen ergaben Argumente für einen neuen Standort (auf dem Platz der Republik, vor dem zum Bundestag umgebauten Reichstag) und für ein neues Verfahren (einen engeren Wettbewerb mit eingeladenen internationalen Teilnehmern); doch ist weiterhin unklar, wie die Entscheidungsfindung weitergehen soll. Aus dem Berliner Senat sind die beiden zuständigen Senatoren Roloff-Momin (Kultur) und Nagel (Bauen) ausgeschieden, die beiden Nachfolger kaum sachkundig.

Ob und wann der Förderkreis als einer der drei Auslober aktiv wird, ist ungewiß, zumal es ihm nicht einmal ansatzweise gelungen ist, den von ihm übernommenen Teil der Realisierungskosten durch Spenden aufzutreiben. Das weit verbreitete Unbehagen über den von ihm für die Realisierung favorisierten Entwurf der Gruppe um Christine Jacob-Marks könnte vorerst die Energie des Vorantreibens lähmen. Von Lea Rosh ist natürlich zu erwarten, daß sie wieder die Initiative ergreift; wenn allerdings der taz-Artikel vom 19.2. zutrifft, beharrt sie nicht länger auf diesem Entwurf, sondern ist zu einem Kompromiß bereit.

In diesem Zwischen-Stadium möchte ich hier nicht erneut alle bekannten Argumente wiederholen. Dazu hat die „Streitschrift“ der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst über den Wettbewerb für das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ mit ihren 35 Beiträgen parteiisch - und gerade deshalb

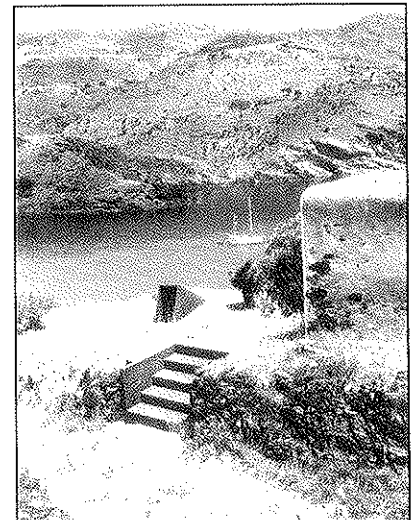
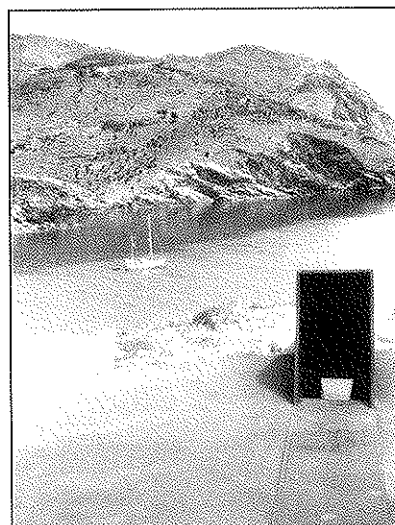


Der Friedhof von Portbou. Vom Vorplatz führt eine Treppe in einem schmalen, tunnelartigen Korridor hinab zum Meer. Am Steilhang bricht sie ab und zwingt den Betrachter zur Umkehr.

so diskussionsfördernd - reichlich Material geliefert.

Vielmehr sollen hier Fotos von zwei Mahnmalen eine Gegenposition zu emotionalem, auftrumpfendem Gedenken markieren. Sie könnten verbale Polemik gegen überdimensionierte, unspezifische, weder konkret ereignis- noch orts- noch personenbezogene Gedenkstätten ersetzen.

Portbou - Pyrenäen-Grenzort zwischen Frankreich und Spanien: Dort wurde dem jüdischen Philosophen Walter Benjamin, der dem Nazi-Terror über Spanien nach USA entkommen wollte, die Weiterreise verweigert. Aus Angst vor Auslieferung an die Gestapo nahm er sich das Leben. Dort auf dem Friedhof liegt er begraben. Dort entstand - verzögert durch den peinlichen Rückzieher der zunächst zur Finanzierung



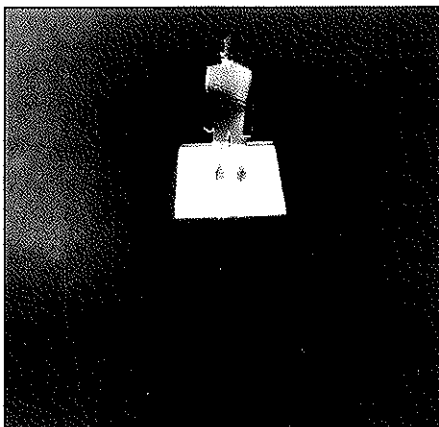
Wieder oben schließlich kann der ruhige Blick von einer kleinen Plattform aus umherschweifen, über den Friedhof und über einen Olivenbaum als Zeichen der Hoffnung. Ein Kontrapunkt zum zuvor erlebten Gefühl von Gefahr und Unsicherheit.



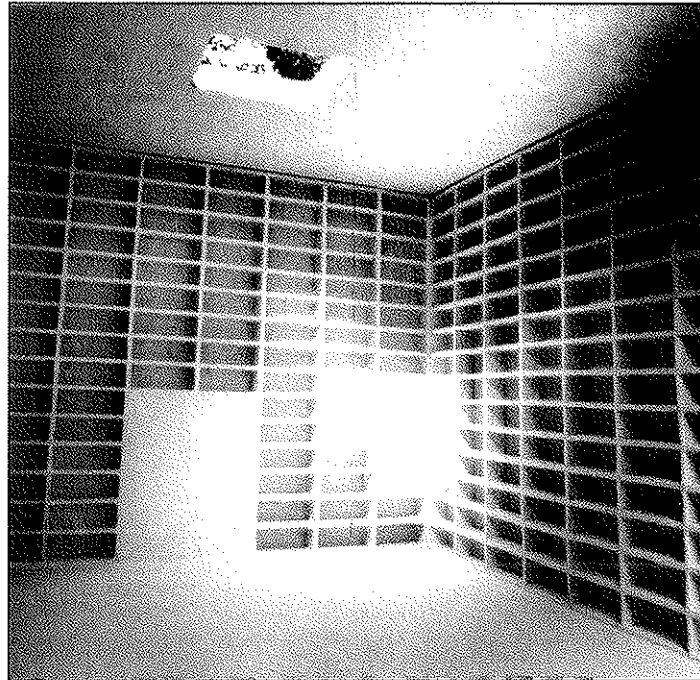
bereiten Bundesrepublik - das Gedenk-Environment „Passagen“ des israelischen, in Paris lebenden Künstlers Dani Karavan. Der Titel bezieht sich auf Benjamins Fragment gebliebenes Werk, bezeichnet aber auch die individuelle Flucht-Situation und die Schlüsselrolle von Portbou für Emigranten. Das begehbare Kunstwerk bringt den Betrachter auf vielfältig assoziative Weise dazu, sich gedanklich und emotional mit der Hoffnung und mit der Ausweglosigkeit jener Flucht auseinanderzusetzen.

Beispiele wie Portbou sind es, die die Diskussion um Denkmalskunst heute voranbringen: Ein bestimmtes Ereignis, eine bestimmte Person (von da erweitert auf das Thema Emigration), sensibles Eingehen auf das Umfeld (Landschaft und Meer), angemessene Materialien (Erde, Stein, rostender Stahl, Glas).

Ein weiteres gelungenes Projekt in Berlin: Die „Bibliothek“ des israelischen, in Stuttgart lehrenden Künstlers Micha Ullman auf dem Bebelplatz zur Erinnerung an die Bücherverbrennung 1933. Auch hier die spezifischen Bezüge auf ein historisches Ereignis: Genaues Datum, genaue Adresse. Denkort statt Gefühlichkeits-Gelegenheit. Der Blick geht, wie bei Dani Karavans „Passagen“, zurück zum Betrachter, nach innen, wird zur individuellen, ganz persönlichen Selbstbefragung. Die Erinnerung ist konkret, beunruhigend und in der Gegenwart verankert, wird nicht für alle und jeden unverbindlich zur Entlastung angeboten.



Diese virtuelle „Bibliothek“ ist nur durch ein kleines Glasfenster von oben einsehbar, auf das der Passant treten kann, um hinabzuschauen, und in dem sich der Himmel und die Platzarchitektur spiegeln. Der tags eher zufällig zu entdeckende, nachts aber (siehe Modellfoto) erleuchtete und auf den Platz ausstrahlende Negativ-Raum ist bewusst verschlüsselt angelegt und birgt viele Assoziationen.



Das Denkmal zur Erinnerung an die Bücherverbrennung am Standort des damaligen Scheiterhaufens ist ein unterirdischer, hermetisch abgeschlossener Raum, in dessen leeren Beton-Regalen die etwa 20.000 damals verbrannten Bücher Platz haben könnten. (Modellfoto)

Dies hingegen tun die Negativ-Beispiele „Holocaust-Mahnmal“ - in der Diskussion - und die wenige Schritte von Ullmans „Bibliothek“ entfernte „Nationale Gedenkstätte Neue Wache“, staatstragend und sentimental. Sie verführen, wie häufig kritisch angemerkt wurde, zum „Entsorgen der Erinnerung“. Doch Erinnerung soll „lebendig gehalten“ werden, wie Bundespräsident Herzog (oder sein Redenschreiber?) auf der

Feierstunde zum ersten Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus sagte: „Nicht unser Entsetzen konservieren ...“

Rainer Höynck, Journalist, von 1963-1988 Ressortleiter Kulturpolitik und -kritik beim RIAS Berlin, ist Präsident der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst, Berlin.

Fotos: Stefanie Endlich / Rainer Höynck





Mit zwölfjährigen Schülerinnen und Schülern in die Gedenkstätte Bergen-Belsen?

von Julius H. Krizsan

Hintergründe, Berichte, Erfahrungen, Zweifel

Kann es Zwölfjährigen zugemutet werden, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus und der Konzentrationslager zu beschäftigen? Ist der Besuch einer Gedenkstätte eines ehemaligen Konzentrationslagers für 6. Klässler vertretbar? Wird die Psyche dieser Kinder nicht zu sehr belastet? Können junge Menschen in diesem Alter mit den Bildern von Massengräbern und Leichenbergen umgehen? Und die Lehrer? Können sie ihre Scheu vor dem Umgang mit diesem Teil der deutschen Geschichte überwinden?

Sieben Fragezeichen deuten an, daß es bei Lehrerinnen und Lehrern, bei Eltern und in der Schulverwaltung erhebliche Zweifel an der Öffnung von Gedenkstätten für Orientierungsstufen gibt. Beinahe könnte vermutet werden, daß hier ein nicht greifbares Tabu besteht, eine Regel, deren Verletzung Empörung und Unverständnis hervorruft.

„Kinder und Jugendliche zur Zeit des Nationalsozialismus“ in WUK

Doch wenden wir uns den Tatsachen zu: Die Rahmenrichtlinien für die Orientierungsstufen in Niedersachsen im Bereich „Welt- und Umweltkunde“ (WUK) schreiben als Thema „Kinder und Jugendliche zur Zeit des Nationalsozialismus“ verpflichtend für den 6. Schuljahrgang vor. Sechs Inhalte mit entsprechenden Lernzielen werden benannt: Jugend und Schule, Verfolgung und Ermordung, Widerstand, Kriegsalltag und Neonazis. Unter Hinweisen und Anregungen wird angemerkt, daß

- „Beispiele aus der Region der Schülerinnen und Schüler einen hohen Stellenwert haben“¹,
- „dem Alter der Schülerinnen und Schüler nicht angemessene Darstellungen (Film-, Bild- und Textquellen) der NS-Verbrechen und Kriegereignisse vermieden werden müssen“²,
- „die Einbeziehung von Zeitzeugen und Zeitzeugnissen sowie Besuche in Gedenkstätten, sollen sie in den Unterricht eingehen, sorgfältig vorbereitet werden müssen“³.

Und in einem letzten Abschnitt wird festgestellt, daß es „nicht darum gehen kann, Themen und Inhalte gleichsam nacheinander im Sinne abfragbaren Wissens abzuhandeln, sondern daß es vielmehr Ziel ist, erste Einsichten anzubahnen und Bereitschaft zu wecken, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.“⁴

Hierbei ist es hilfreich, Einzelschicksale vorzustellen und nicht die großen Zahlen zu verwenden, damit die Schülerinnen und Schüler Identifizierungsmöglichkeiten finden:

- Anne Frank: Ihr Weg von Frankfurt nach Amsterdam und durch die Lager Westerbork, Auschwitz-Birkenau bis zu ihrem Tod in Bergen-Belsen - viele Jugendliche kennen dieses Mädchen und ihr Tagebuch;
- Uri Orlev, der das Warschauer Ghetto und Bergen-Belsen überlebte und sein Schicksal in Jugendbüchern darstellt;⁵

¹ Niedersächsisches Kultusministerium (Hrsg.): Rahmenrichtlinien für die Orientierungsstufe, Welt- und Umweltkunde, Hannover 1992, Seite 23, Schroedel

² a.a.O., Seite 24

³ a.a.O., Seite 24

⁴ a.a.O., Seite 24

⁵ Orlev, Uri: Das Sandspiel, Berlin 1994, Elefant-Press

- Friedrich Schneider in dem häufig bearbeiteten Buch „Damals war es Friedrich“ von Hans Peter Richter.⁶

Orientierungsstufen in Bergen-Belsen

Mit Erfolg wird der Besuch von Gedenkstätten durch immer mehr Orientierungsstufen und Klassen in diese Unterrichtseinheit einbezogen.

In der Gedenkstätte Bergen-Belsen wurden im 1. Halbjahr 1995 212 deutsche Schülergruppen vom Besucherdienst betreut, davon 42 aus Orientierungsstufen, also 20 %. Die Mehrzahl, nämlich 28 Gruppen, kam in den Monaten Mai und Juni, also am Ende des Schuljahres. Hier wird deutlich, daß die Lehrerinnen und Lehrer das Thema an das Ende des Themenkataloges in WUK setzten, in der Annahme, daß ihre Schülerinnen und Schüler dann reifer, besonnener seien. Erfahrungen zeigen jedoch, daß dem nicht so ist. Veranstaltungen in und mit Gedenkstätten sollten besser im Schuljahr durchgeführt werden, um nach dem Besuch noch ausreichend Zeit für eine gründliche Nachbereitung zu haben. Natürlich ist es dringend notwendig, sollen „erste Einsichten angebahnt“ werden, Besuche an diesen Orten vorzubereiten. Die Schülerinnen und Schüler sollten schon wissen,

- was Konzentrationslager waren,
- wer in diese Lager verschleppt wurde,
- welche Kinder und Jugendliche aus welchen Bevölkerungsgruppen besonders verfolgt wurden,
- was Kinder und Jugendliche im Krieg zu erleiden hatten,

Orlev, Uri: Die Insel in der Vogelstraße, Ravensburg 1990, Otto Maier

⁶ Richter, Hans Peter: Damals war es Friedrich, München 1974, dtv



ohne daß eine „systematische Erarbeitung der Ursachen des NS-Systems und der Geschichte der Jahre 1933 bis 1945“ betrieben wird.⁷

Ohne Vorbereitung jedoch, oder als Einstieg in die Unterrichtseinheit, ist von einem Besuch in Bergen-Belsen für diese Altersstufe dringend abzuraten - das kann in eine Katastrophe abgleiten.

Gute Erfahrungen wurden immer dann gemacht, wenn die Eltern der Schülerinnen und Schüler in das Vorhaben einbezogen wurden: In einer Elternversammlung könnten die Ängste und Vorbehalte bearbeitet werden, die Erwachsenen sollten ihre Kinder beim Besuch in Bergen-Belsen begleiten. Dadurch ergibt sich für die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen und Fragen vor Ort mit vertrauten Erwachsenen zu besprechen. Durch Fahrgemeinschaften können auch die Buskosten gespart werden.

Eine „Führung“ in Bergen-Belsen

Im folgenden soll dargestellt werden, welche Form der „Führung“ in der Gedenkstätte den Zielen der Rahmenrichtlinien weitgehend entgegenkommt und die Ängste von Eltern, Lehrern und Verwaltung abbaut.

Es hat sich eine Möglichkeit herauskristallisiert, die die folgenden Inhalte anspricht und dabei wechselnde Methoden einsetzt:

1. Begrüßung der Schülerinnen und Schüler	sitzen
Vorstellung des Begleiters	hören
Hinweis auf das Haus und die Ausstellung(en)	
2. Überblick zur Geschichte des Lagers	05 min sitzen
a. Truppenübungsplatz	hören
b. Sowjetische Kriegsgefangene	Fragen beantworten
(Wer war „Untermensch“?)	Fragen stellen
c. Austauschlager	Folien (Karten) ansehen
(Beispiel Barry Spanjaard)	
d. Todeslager	

(Für etwa 2000 Menschen nur eine Wasserquelle)	
e. Befreiung	20 min
3. Gespräch über Anne Frank	sitzen,
a. Neun Fotos 1935 - 1942	Fotos erkennen, Foto deuten,
b. Vater Otto Frank im 1. Weltkrieg	
c. Herr Kraler am Bücherregal: Zugang zum Versteck	Foto erläutern,
d. Das Haus an der Prinsengracht in Amsterdam	
e. Verrat: Westerbork, Auschwitz, Bergen-Belsen	Karte ansehen,
f. Das Tagebuch 1946 und heute	Datum behalten
4. Besuch der Ausstellung mit dem Auftrag: „Sucht nach Fotos, auf denen Kinder und Jugendliche zu sehen sind und merkt Euch deren Inhalt.“	20 min gehen, umsehen, orientieren, behalten, fragen
5. Abfrage der Fotos durch Folien	15 min sitzen, berichten, deuten, erklären
6. Vorstellung von zwei Filmen	10 min sitzen,
a. „Liebe Kitty“ - ein Dokumentarfilm über das Leben und das Tagebuch der Anne Frank ⁸	sich entscheiden, abstimmen, Film sehen
b. „Im Versteck“ - ein Spielfilm aus der ZDF-Reihe „Bettkantengeschichten“ ⁹	25 min gehen,
7. Kleiner Rundgang über das Außengelände	
a. Lagergrenze	umsehen, zuhören, lesen, deuten
b. Massengräber	
c. Inschriftenwand	35 min
Gesamtdauer der Veranstaltung in der Gedenkstätte:	130 min

Langjährige Erfahrungen zeigen, daß diese Form der „Führung“ dem Alter und der Auffassungsgabe der Schülerinnen und Schüler angemessen ist, denn

- eine Konfrontation mit der schockierenden Darstellung des Todeslagers zum Zeitpunkt der Befreiung wird vermieden: der Dokumentarfilm „Bergen-Belsen zum Beispiel“ ist für die sechste Klasse

⁸ Liebe Kitty - Ein Film über Leben und Tagebuch der Anne Frank, Amsterdam: Anne Frank Stichting, 25 min

⁹ Im Versteck, ZDF-Serie: Bettkantengeschichten, 1990, 29 min

absolut ungeeignet. Es bleibt unverständlich, daß trotzdem Pädagogen im Sinne einer „Schocktherapie“ verlangen, ihren Orientierungsstufenklassen diesen Film vorzuführen. Keiner Lehrerin und keinem Lehrer ist es möglich, Alpträume oder tiefgehende Gedanken aufzuarbeiten: Die angebotenen Filme bieten dagegen ausreichende und altersgemäße Informationen zu Verfolgung und Besetzung, zu Jugend und Schule, zum Krieg;

- der Gang durch die Ausstellung ist so kurz bemessen, daß nur Zeit bleibt, die etwa 10 Fotos mit Kindern und Jugendlichen zu suchen. Die Schülerinnen und Schüler wenden sich von den gräßlichen Fotos ab, umgehen sie bewußt, so als ob sie sich mit dieser Form der Realität eines KZ (noch) nicht belasten wollen;
- die Schülerinnen und Schüler werden durch die „klassische fragendentwickelnde Methode“¹⁰ mit einbezogen, ihre Aufmerksamkeit bleibt erhalten, sie müssen nicht nur aufnehmen sondern können - besonders beim Gespräch über die Fotos zu Anne Frank - ihr eigenes Wissen einbringen;
- der Methodenwechsel verhindert Ermüdung und Langeweile, Schülerinnen und Schüler können heute kaum noch längere Zeit still sitzen. Der Ortswechsel Raum / Ausstellung / Raum / Friedhof kommt ihrem Bewegungsdrang entgegen; die zeitliche Beschränkung auf zwei Stunden verhindert eine Überfrachtung der „Führung“ und läßt noch ausreichend Informationsbedarf für einen späteren Besuch in der 9. oder 10. Klasse;
- durch die Einbeziehung von Einzelpersonen in die Erzählung zur Geschichte des Lagers (Barry Spanjaard, Margot und Anne Frank) werden die Schülerinnen und Schüler ihrem Alter entsprechend eher emotional angesprochen. Der kognitive Zugang sollte dem 9. oder 10. Schuljahr vorbehalten bleiben.

¹⁰ W. Sommer, Universität Hannover, in einer Nachbesprechung einer „Führung“ in der Gedenkstätte Bergen-Belsen, 25.11.1995



Protokolle von Nachbereitungen zeigen, daß besonders die Erzählung von den unmenschlichen Bedingungen im Todeslager 1945 die Schülerinnen und Schüler beeindruckt. So wurde in einem auswertenden Unterrichtsgespräch geäußert:

„Schüleräußerungen zur Anzahl der Wasserhähne (etwa eine Wasserquelle für 2000 Menschen):

- Für Winsen (Aller) (den Schulort mit 7000 Einwohnern) gäbe es dann - unter gleichen Bedingungen - nur 4!

- Überlegung: Stellt euch vor, wir hätten in der Schule nur einen einzigen Wasserhahn! Schüler nannten die Anzahl ihrer häuslichen Wasserhähne, einer hatte die Zahl wohl gleich nach dem Besuch von B.-B. gezählt.“¹¹

Welche nachhaltigen Wirkungen Besuche in Gedenkstätten auf Kinder im Alter von 11 oder 12 Jahren haben, muß noch untersucht werden. Verwiesen sei hier auf die wissenschaftliche Halbjahresarbeit von Kai Freese und Thomas Rave, die im Jahr 1995 Schülerinnen und Schüler aus sechs 9. und 10. Klassen vor und nach dem Besuch der Gedenkstätte Neuengamme befragten und feststellten, daß sich Einstellungen positiv ändern oder verfestigen. Für alle Pädagogen, die im Umfeld oder mit Gedenkstätten arbeiten, ein Ergebnis, das Mut macht.¹²

Anmerkungen zur Psychologie

Auf die Frage, wie elf- und zwölfjährige junge Menschen mit Bildern, Filmen und Darstellungen von NS-Verbrechen umgehen, ob sie sie begreifen und verarbeiten können, konnte keine Antwort in der Literatur gefunden werden. Dem Autor fiel jedoch ein Bilderbuch in die Hände, das 1990 von der Psychoanalytikerin Dr. Judith S. Ke-

stenberg und der Grafikerin Vivienne Koorland in den USA entwickelt wurde. In einem Nachwort „Warum und wie sollen wir Kleinkindern von der Nazi-Zeit in Deutschland erzählen?“ schreibt Frau Kestenberg, daß aus Angst vor Überforderung der Kinder, ähnlich dem Tabu der Sexualität, heute ein Tabu der Geschichtswahrheit, ein Tabu zum Thema „Tod“ entstanden ist. Wir versuchen, den Kindern historische Geschehen vorzuenthalten, weil sie ihnen schaden oder uns belasten könnten. Aber „erstens müssen wir uns bewußt werden, daß Kinder größer sind als unsere. Sie hören viel mehr als wir, so daß sie imstande sind, mehrere Reize auf einmal aufzunehmen. Ein Kind kann in der Ecke spielen und mit seinen Puppen und Flugzeugen sprechen und doch hören, was im nächsten Raum gesagt wird. Wir können Kinder nicht von Rundfunk- oder Fernsehnachrichten isolieren. Wir können nicht verhindern, daß kleine oder große Kinder ins Zimmer kommen, wenn wir vor dem Fernseher sitzen, oder an der Tür horchen, wenn Erwachsene miteinander diskutieren.“¹³

„Dann taucht die nächste Frage auf: 'Wann sollen wir Kindern das Recht geben, Erwachsene zu kritisieren?' Eltern und Lehrern kann es nicht schaden, Kindern gegenüber einzugestehen, daß sie sich nicht richtig verhalten haben. Eine Mutter kann ruhig zu ihrem zweijährigen Kind sagen: 'Es tut mir leid, daß ich dich angeschrien habe, ich will versuchen, es nicht wieder zu tun.' Es gibt Kindern ein Modell: *Verantwortung statt Schuld*. Wenn man sich nicht fürchten muß, weil man etwas Schlechtes getan oder nur gedacht hat, dann muß man auch nicht sagen: 'Das habe ich nicht gemacht, das war Fritz', oder: 'Susi hat angefangen, mich zu schlagen, ich hab' nur zurückgehauen.'“¹⁴

Und Frau Kestenberg schreibt mit Recht: „Wenn wir Kriege verhindern wollen, wenn wir vermeiden wollen, fremde Menschen zu

verachten und anzugreifen, dann müssen wir den Kindern die Wahrheit sagen so früh wie möglich. Was wir in der frühen Kindheit lernen, vergessen wir nicht, auch wenn es uns nicht bewußt ist. Die beste Zeit, die Geschichte unseres Landes zu erzählen, ist, wenn Kinder beginnen, Fragen zu stellen und schon genug Worte haben, um zu erklären, was sie denken.“¹⁵

Auch neofaschistische Prägungen geschehen früh, Neonazis werden Jugendliche nicht erst mit 15 oder 16 Jahren. Warum dem dann nicht früh entgegenwirken?

Fazit

Die Zusammenschau aller Argumente zeigt, daß es sinnvoll und erfolgreich ist, mit 6. Klassen der Orientierungsstufe die Gedenkstätte Bergen-Belsen zu besuchen, wenn dabei folgende Regeln beachtet werden:

1. gründliche Vorbereitung;
2. Einbeziehung der Eltern;
3. Anfahrt bis zu 150 km;
4. Einlassen auf das Programm des Besucherdienstes;
5. ausführliche Nachbereitung.

Julius H. Krizsan ist Pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

¹¹ Christa Marschke, Fachlehrerin WUK OS Winsen (Aller) 6e, 27.11.1995

¹² Freese, Kai; Rave, Thomas: Die Rolle von NS-Gedenkstätten für die politische Bildung von Schülern und Schülerinnen. Wissenschaftliche Halbjahresarbeit zur Erlangung des Grades eines Diplom-Politologen, Universität Hamburg 1995

¹³ Kestenberg, Judith S.; Koorland, Vivienne: Als eure Großeltern jung waren, Hamburg 1993, Seite 4 des Nachwortes, Kraemer

¹⁴ a.a.O., Seite 5

¹⁵ a.a.O., Seite 6



Informationsbüro

KZ-Grab- und Gedenkstätte Flossenbürg

von Jörg Skriebeleit

Das ehemalige Konzentrationslager Flossenbürg ist wohl nicht nur jenseits der weiß-blauen Landesgrenze zu den vergessenen Lagern zu zählen, auch innerhalb Bayerns ist das Wissen über die Existenz eines neben Dachau zweiten Konzentrationslagers bislang kaum in tieferes öffentliches Bewußtsein gedrungen. Und dies, obwohl dessen Bedeutung im nationalsozialistischen Lagersystem, nicht zuletzt wegen der Anzahl und geographischen Ausdehnung seiner Außenkommandos, durchaus als exponiert zu bezeichnen ist.

Jahrzehntlang wurde die auf einem kleinen Teil des ehemaligen Lagergeländes errichtete „Grab- und Gedenkstätte“ von der Bayerischen Schlösser- und Seen-Verwaltung, ihren sonstigen Aufgaben gemäß, eher gärtnerisch gepflegt, als dokumentarisch betreut, geschweige denn historisch-pädagogisch konzeptualisiert und präsentiert.

Selbst der Übergang der Zuständigkeiten in den Bereich des bayerischen Kultusministeriums Anfang 1991 verschaffte den langjährigen Forderungen der Gemeinde Flossenbürg und der „Arbeitsgemeinschaft ehem. KZ Flossenbürg e.V.“ nach einer kompetenten Aufbereitung der Geschichte und einer dauerhaften fachlichen Betreuung von Besuchergruppen und -anfragen zunächst kein Gehör.

Erst durch die erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit während des Gedenkjahres 1995 wuchs auch der Druck auf die zuständigen Stellen, sich einer Neukonzeption des Ortes und der Einrichtung „Gedenkstätte Flossenbürg“ zu widmen.

So existiert nun seit Oktober 1995 ein ständiger Beraterkreis, dem Personen und Vertreter unterschiedlicher Institutionen, welche in besonderer Weise mit den lokalen Gegebenheiten befaßt sind, angehören. Zu den Aufgaben dieses Beraterkreises gehört u.a. die Erarbeitung von Empfehlungen und Anregungen für die zukünftige Gedenkstättenarbeit und -gestaltung.

Einen ersten Erfolg verzeichnete dieses Gremium mit der Schaffung einer befristeten Stelle für den Aufbau eines „Informations- und Dokumentationszentrums KZ-Grab- und Gedenkstätte Flossenbürg“ zum 1. Februar 1996.

Zunächst für ein Jahr befaßt sich der bei der Gemeinde angestellte Kulturwissenschaftler und Museumspädagoge Jörg Skriebeleit mit der Sichtung und Bereitstellung von Archivalien und Materialien zum Themenkomplex Konzentrationslager Flossenbürg und seiner über hundert Außenlager. Die bislang sehr diffuse und weit streute Quellenlage stellt dabei eines der Hauptprobleme dar. Obwohl das Informations- und Dokumentationszentrum Flossenbürg, das vorerst nur als Informationsbüro firmiert, per Definition primär nicht-wissenschaftlichen Anforderungen genügen und nach einjähriger Aufbauzeit von einer Verwaltungskraft halbtags betreut werden soll, ist in der jetzigen Phase eine systematische Auswertung von unterschiedlichsten Quellen und Literatur dringend geboten.

Dabei spielt die Sicherung von Materialien aus Privatbeständen ebenso eine gewichtige Rolle, wie die Bereitstellung von technischem Gerät und fachlichem Wissen zur Erfassung von Zeitzeugenerfahrungen in Anlehnung an das „Archiv der Erinnerung“ des Potsdamer Moses-Mendelsohn-Zentrums.

Weiterhin sind die Einrichtung eines Medienarchivs mit Foto-, Film- und Tonmaterial sowie einer Präsenzbibliothek in Vorbereitung. Auch die Betreuung von Anfragen zu Einzelaspekten des Konzentrationslagers und die Unterstützung von Schüler- und Studienarbeiten gehören zu den offiziellen Aufgaben des Informationsbüros.

Momentan besteht das Gros der Tätigkeiten allerdings noch im Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur verschiedenster Adressen von Archiven, Gedenkstätten, Initiativen und Institutionen, an die auf diesem Wege auch freundlich appelliert sei, sich mit Frage- oder auch Hilfestellungen an das Informationsbüro zu wenden.

Ob die Fülle der hier nur grob angedeuteten Arbeiten in nur einem Jahr zu leisten ist und ob auch das am 8. Februar 1996 vom bayerischen Landtag verabschiedete neue pädagogische Gedenkstättenkonzept für Flossenbürg ohne dauerhafte fachliche Betreuung zu erfüllen ist, wird erst nach Jahresfrist eindeutig zu bewerten sein.

Nach Jahrzehnten der Marginalität sind mit einer, wenn auch nur befristeten, Stelle, allerdings die ersten und rudimentären Grundvoraussetzungen für das geschaffen, was in anderen Gedenkstätten längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist, eine Professionalisierung und Institutionalisierung fachwissenschaftlicher und pädagogischer Arbeit.

Abschließend sei nur noch kurz auf sich anbahnende und bereits eingeleitete Veränderungen bei der räumlichen Gestaltung der Gedenkstätte hingewiesen:

So sind die Arbeiten zur Umgestaltung des Vorplatzes der ehemaligen Kommandantur bereits im Gange. Der schon vollendeten



*Der ehemalige Kommandanturbau ca. 1985. Zur Zeit noch Sozialwohnungen der Gemeinde. Künftig teilweise Dokumentationszentrum.
Foto: ArGe Flossenbürg e.V.*

Freilegung von Sichtachsen soll auch eine Öffnung der bislang verbauten Durchfahrt des Kommandanturgebäudes folgen.

Desweiteren wird mit der Umgestaltung eines Gebäudeteils zum Film- und Medienraum noch in diesem Jahr begonnen.

Nach einem unlängst abgeschlossenen Wettbewerb der Akademie der Künste Nürnberg in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Landeskirche in Bayern zur Gestaltung eines Bonhoeffer-Denkmals, wird allerdings in nächster Zeit die Frage nach einem Gesamtkonzept zur weiteren (Um-) Gestaltung der Grab- und Gedenkstätte zu stellen sein.

Informationsbüro KZ-Grab- und Gedenkstätte Flossenbürg
c/o Jörg Skriebeleit
Hohenstaufenstraße 24
92696 Flossenbürg
Tel.: 09603-1081
Fax: 09603-2895

Jörg Skriebeleit ist für zunächst ein Jahr als Museumspädagoge und Kulturwissenschaftler zur Aufarbeitung von Archivmaterial und zur Errichtung des Informationsbüros von der Gemeinde Flossenbürg angestellt.



Der Hamburger Senat und die KZ-Gedenkstätte Neuengamme - Sachstandsbericht -

von Robert M. Pinçon und Fritz Bringmann

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

mit tiefster Betroffenheit sehen die Mitglieder der nationalen Verbände der Amicale Internationale de Neuengamme keinen Fortschritt zur Verwirklichung der Beschlüsse des Senats und der Bürgerschaft zur Verlagerung der Strafvollzugsanstalt XII. Aus diesem Grunde möchten wir Sie über den Umgang mit dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme in der Nachkriegszeit informieren und um Ihre Unterstützung bitten.

Ein Rückblick: Im Dezember 1938 wurde in Hamburg-Neuengamme ein Außenlager des KZ Sachsenhausen eingerichtet. Nach weiteren Überstellungen von Häftlingen wurde Neuengamme im Frühjahr 1940 ein eigenständiges Konzentrationslager.

Nach dem Überfall auf Polen deportierten Gestapo und SS-Sicherheitsdienst von 1940 bis 1945 106.000 Frauen und Männer aus 28 Ländern in das Konzentrationslager Neuengamme und seine 80 Außenlager. Mehr als 55.000 Häftlinge überlebten das KZ Neuengamme nicht.

Nachdem am 29./30. April 1945 die letzten Häftlinge unter SS-Bewachung das Lager verlassen hatten, betraten Anfang Mai 1945 die ersten englischen Offiziere das leerstehende Lager. Im Mai 1945 fungierte dieses kurz als Kriegsgefangenerlager für deutsche Soldaten der Wehrmacht. Danach wurde es wenige Wochen lang zur Unterbringung ausländischer Zwangsverschleppter aus Osteuropa genutzt, bevor diese in

ihre Heimatländer zurückkehren konnten. Von Juli 1945 bis August 1948 wurden im ehemaligen KZ Neuengamme Führer und Angehörige der Nazi-Partei, der Waffen-SS, des Sicherheitsdienstes der SS, der Gestapo, der Polizei und anderen Nazi-Organisationen von den Engländern zur Überprüfung und Entscheidung durch deutsche Spruchkammern interniert.

Während des 1. Curio-Haus Prozesses gegen die Lagerführung des Konzentrationslagers Neuengamme, der in Hamburg vom 18. März bis 3. Mai 1946 stattfand, legten viele ehemalige Häftlinge, insbesondere aus dem Ausland, Zeugnis über die barbarische Welt der Konzentrationslager und über die Mordstätte in Neuengamme ab. Hierbei fanden die ersten Wiederbegegnungen mit den ehemaligen deutschen politischen Häftlingen statt. In den folgenden Jahren bildeten die Überlebenden, Hinterbliebenen und Angehörigen in etlichen Ländern Vereinigungen ehemaliger Häftlinge des KZ Neuengamme, so auch in den drei Westzonen Deutschlands im Juni 1948. Nachdem die Alliierten im Sommer 1948 die Justizverwaltungen an die einzelnen Länder übertragen hatte, meldete die Gefängnisverwaltung in Hamburg bereits Ende desselben Jahres die Nutzung des ehemaligen KZ-Geländes als Gefängnis an. Im September 1948 war es dann soweit, daß die Gefängnisbehörde das ehemalige KZ Neuengamme in Besitz nahm.

Ehemalige Häftlinge, Hinterbliebene und Angehörige aus Belgien und Frankreich besuchten die Stätten des Leidens und des Sterbens, um der Toten des KZ Neuengamme zu gedenken. Diese - vom Senat Hamburgs ungeliebten - Pelerinagen lösten die Forderung nach Errichtung eines Eh-

renmals aus. Trotz aller Widerstände des Senats übten besonders die französischen ehemaligen Häftlinge mit Unterstützung ihrer Regierung einen starken Druck aus, so daß der Hamburger Senat 1953 eine bescheidene Muschelkalksäule errichten ließ. Eine inhaltliche Angabe über das Konzentrationslager Neuengamme und die 55.000 Toten fehlte.

Höhepunkt der jährlichen Pelerinagen aus Belgien, Frankreich und Dänemark - vor Gründung der Amicale Internationale de Neuengamme (AIN) - war der zehnte Jahrestag der Befreiung 1955. Hunderte Teilnehmer aus dem Ausland waren gekommen, um in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen zusammen mit den deutschen Widerstandskämpfern der Toten zu gedenken und die Verpflichtung zu bekräftigen, nie wieder Faschismus und Krieg zuzulassen.

Am 17. und 18. Juli 1958 kamen in Brüssel ehemalige Häftlinge zusammen, um die Gründung eines internationalen KZ-Lagerkomitees zu beschließen. Wichtigste Aufgaben waren: Die Errichtung eines Ehrenmals zum Gedenken an die 55.000 Toten des KZ Neuengamme, die Errichtung einer Dokumentations- und Informationsausstellung in den von den Häftlingen gebauten Gebäuden. Die AIN betrachtete das Gelände des KZ Neuengamme, insbesondere das ehemalige Schutzhaftlager, als Mordstätte mit blutgetränktem Boden, der einem Friedhof gleichkommt.

Der Abriß eines Großteils der ehemaligen Lagergebäude - des Krematoriums, des Bunkers, der Lagertürme usw. - machten es schwer, das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers zu erkennen. In keinem



Museum, nirgendwo in Hamburg konnte man sich über das KZ Neuengamme informieren.

Im Rahmen des 15. Jahrestages der Befreiung tagte der Kongreß der AIN. Zum ersten Mal wurde eine Abordnung der AIN vom Ersten Bürgermeister der Stadt Hamburg empfangen und ihre Hauptanliegen demselben vorgetragen. Langwierige und beharrliche Verhandlungen wurden jahrelang von der Internationalen Denkmalskommission, dem Arbeitsausschuß der Verfolgten des Naziregimes Hamburg mit dem Senat, teilweise mit Unterstützung der Generalkonsulate aus Belgien, Frankreich und Dänemark geführt.

Am 7. November 1965 konnte endlich in Anwesenheit von 1.800 Überlebenden und Hinterbliebenen aus 20 Ländern das heutige Ehrenmal eingeweiht werden.

Trotz Aufleben des Neonazismus und den Erfolgen der NPD und entgegen den Forderungen der AIN wurde 1970 auf dem Gelände der ehemaligen Tongruben eine geschlossene Jugendstrafanstalt errichtet. Zur Errichtung einer Dokumentationsstätte konnte sich der Senat immer noch nicht entschließen. Von der Tagung des Exekutivbüros der AIN im Juni 1977 in Moskau richtete diese erneut ein Memorandum an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Ersuchen, ein Dokumentenhaus in Neuengamme zu errichten. Mit Schreiben vom Februar 1978 teilte der Erste Bürgermeister, Hans-Ulrich Klose, mit, daß die Errichtung eines Dokumentenhauses von den zuständigen Behörden bearbeitet würde.

Mit Unterstützung etlicher Vereinigungen - des Landesjugendringes, des Arbeitsausschusses der Verfolgten des Naziregimes Hamburgs und der VVN / Bund der Antifaschisten - wurde im Oktober 1981 das Dokumentenhaus der Öffentlichkeit übergeben. Fast 800 Überlebende, Hinterbliebene und Angehörige sowie die Präsidenten der internationalen KZ-Lagerkomitees von Auschwitz, Buchenwald, Mauthausen, Neu-

engamme, Ravensbrück und Sachsenhausen nahmen an der Einweihung teil.

Der damalige Hamburger Senator für Kultur, Prof. Dr. Tarnowski, erklärte u.a.: „Der Bau eines solchen Dokumentenhauses kommt spät, sehr spät ... Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsache hat kein Politiker das Recht, gekränkt zu sein, wenn kritische Zeitungen einen so verspäteten Akt eine „Wiedergutmachung mit Widersprüchen“ nennen. Es hat keinen Sinn und nützt niemandem, wenn verschwiegen wird, daß auch Hamburg sich mit der kritischen Aufarbeitung seiner NS-Geschichte schwergeht hat.“

Ein Förderkreis aus Vertretern von Verfolgtenverbänden und Forschungseinrichtungen wurde einberufen, der die Arbeit der Gedenkstätte helfend und kritisch begleiten sollte; die erste Sitzung fand am 14. Januar 1982 unter Vorsitz des Kultursenators Prof. Tarnowski statt. Seit 1990 hat die Kulturbehörde den Förderkreis nicht mehr einberufen.

Auf Drängen der AIN zur Verbesserung der Gedenkstättenarbeit und zur Verlagerung der Strafvollzugsanstalt aus dem sensiblen Bereich des ehemaligen Schutzhaftlagers des KZ Neuengamme, lud die Senatorin für Kultur, Helga Schuchardt, im August 1987 zu einem internationalen Symposium ein. Die Teilnehmer dieses Symposiums verabschiedeten eine 10-Punkte-Empfehlung und erklärten die Unvereinbarkeit einer Strafvollzugsanstalt mit dem Gelände eines ehemaligen Konzentrationslagers.

Ende 1987 / Anfang 1988 wurde bekannt, daß die Justizbehörde ein weiteres Einzelhaftshaus im Bereich des ehemaligen Schutzhaftlagers plante. Diese Tatsache löste in den nationalen Verbänden der AIN tiefste Betroffenheit aus. Über 30 Briefe aus dem In- und Ausland gingen beim Ersten Bürgermeister, Dr. Henning Voscherau, ein, in denen gegen weitere Baumaßnahmen auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme protestiert wurde. Die Präsidenten der Internationalen KZ-Lagerkomitees

solidarisierten sich mit der AIN. Darüberhinaus wurden die Königshäuser Belgiens, Dänemarks und der Niederlande um Unterstützung gebeten.

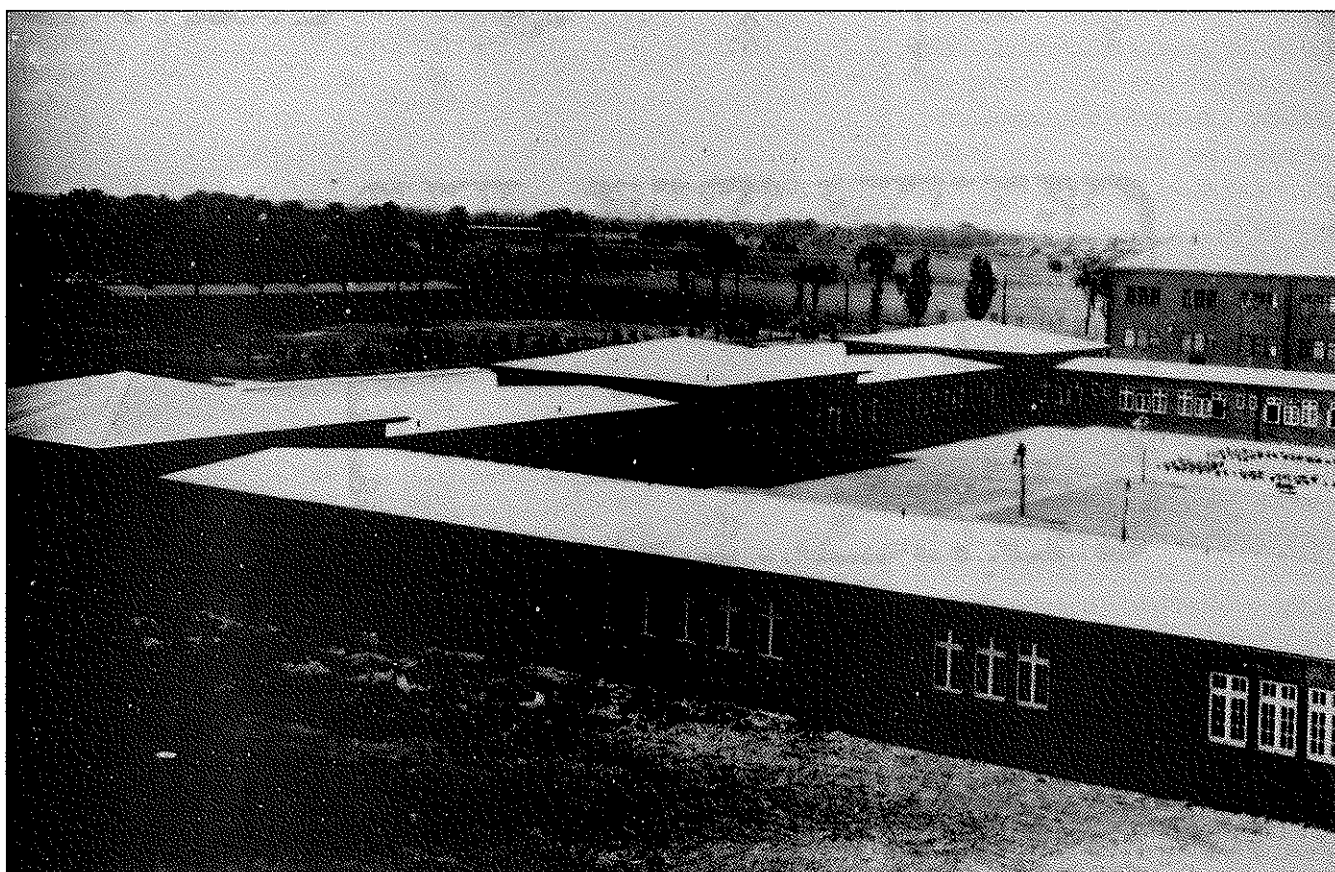
Jan Philip Reemtsma lud etliche Vertreter der nationalen Verbände der AIN nach Hamburg ein, damit sie ihre ablehnende Haltung in der Öffentlichkeit begründen konnten. So fanden öffentliche Veranstaltungen im historischen Curio-Haus und in der Stiftung für Sozialforschung statt, mit leitenden Vertretern der Justiz- und Kulturbehörde. Im Rahmen dieser Veranstaltungen führten die Vertreter der AIN auch ein langes Gespräch mit dem damaligen Justizsenator Curilla; dieses führte zu der Erklärung seinerseits, sich im Senat dafür einsetzen zu wollen, daß kein weiterer Ausbau des ehemaligen Schutzhaftlagers erfolge.

Am 30. Juni 1989 lud der Erste Bürgermeister, Dr. Henning Voscherau, zu einer Begehung und einem Gespräch in die KZ-Gedenkstätte Neuengamme ein. Neben den Vertretern der AIN nahmen Verfolgten-Organisationen und interessierte Vereinigungen aus Hamburg daran teil. Hauptthema war die Unvereinbarkeit der Existenz einer Strafvollzugsanstalt neben der Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme. Zwei Wochen nach dem Gespräch beschloß der Senat, die das Gelände und die Anlagen des ehemaligen Schutzhaftlagers nutzende Justizvollzugsanstalt XII innerhalb der nächsten Jahre an einen anderen Standort zu verlagern. Zur Entwicklung eines Konzeptes wurde vom Senat eine Expertenkommission zur Planung der Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme berufen.

Nach mehreren Tagungen der Kommission - Vorsitzender Bürgermeister Voscherau / Sprecher Prof. Eberhard Kolb - vom 9. September 1991 bis 21. August 1992 und einer zwischenzeitlichen Anhörung aller interessierten Organisationen und Gruppen vom 30. Januar bis 2. Februar 1992 wurde der Katalog der Empfehlungen dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg über-



Workcamp vor den Mauern des Jugendgefängnisses, 1985.



Gebäude und Baracken des ehemaligen KZ, die heute noch teilweise erhalten sind und als Justizvollzugsanstalt genutzt werden.



geben. Diese Empfehlungen wurden von Senat und Bürgerschaft eingehend beraten und dann mehrheitlich beschlossen.

Das bis 1996 Erreichte - wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch den erstellten Container-Pavillon, die Rekonstruktion des Lagerbahnhofs, die neue Dauerausstellung in den ehemaligen Walther-Werken sowie die Umgestaltung des ehemaligen Dokumentenhauses in ein „Haus des Gedenkens“ - sind positive Schritte zur Realisierung der Empfehlungen. Was fehlt, ist noch immer eine terminliche Festlegung zur Verlegung der Strafvollzugsanstalt XII aus dem ehemaligen Schutzhaftlager des KZ Neuengamme.

Der Präsident der AIN, Robert Pinçon, und der Vizepräsident, Janusz Kahl, haben in ihren Ansprachen anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung von Nazi-Faschismus und Krieg am 4. Mai 1995 eindeutig und mit Nachdruck die Realisierung der Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg zur Verlegung der Strafvollzugsanstalt angemahnt.

Die von der „Initiative Dokumentationsstätte Neuengamme“ zum 50. Jahrestag der Befreiung durchgeführte Unterschriftensammlung zur Verlegung der Strafvollzugsanstalt ist der AIN eine große Hilfe und Unterstützung.

Die Mitglieder der nationalen Verbände der AIN können nicht verstehen, daß der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg in seiner Gesamtheit immer noch kein verständnisvolles Verhältnis zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme gefunden hat. Schon zum 45. Jahrestag der Befreiung erklärte der Erste Bürgermeister, die Nutzung des ehemaligen KZ-Geländes als Strafvollzugsanstalt sei eine Fehlentscheidung gewesen. Wann endlich will der Senat diese Fehlentscheidung korrigieren? Oder will er diesen Makel mit ins nächste Jahrtausend einbringen? Die bekannt gewordenen Planungen sehen frühestens im Jahr 2003 die Errichtung der neuen Vollzugsanstalt vor. Wer von den ehemaligen Häftlingen wird dann

noch die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme erleben?

Fotos: Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Robert M. Pinçon ist der Präsident und Fritz Bringmann der Vizepräsident der Amicale Internationale KZ Neuengamme.



Ausgrabung von Gebäudefundamenten während des Jugendworkcamps 1985.



Amicale Internationale KZ Neuengamme - Erklärung -

Hamburgs Schande des Gefängnisses im einstigen KZ muß endlich ein Ende finden.

Auf Einladung des Präsidenten der Amicale Internationale KZ Neuengamme fand am 9. März 1996 in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine Beratung über die ausstehende Verlagerung der Justizvollzugsanstalt XII statt. Nach eingehender Aussprache erklärten die Teilnehmer, daß die seit 1948 anhaltende Nutzung der Gebäude und Anlagen des ehemaligen KZ Neuengamme als Gefängnis nicht weiter hinnehmbar sei. Es müsse als Skandal bezeichnet werden, daß trotz eines Senatsbeschlusses aus dem Jahre 1989 und entsprechender Zusagen an die KZ-Überlebenden noch immer keine sichtbaren Schritte zur Verlegung des Gefängnisses eingeleitet seien.

Während der denkwürdigen Veranstaltungen zum 45. und 50. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager, 1990 und

1995, erklärte der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg in aller Öffentlichkeit und in Anwesenheit hunderter ehemaliger KZ-Häftlinge, Hinterbliebener und Angehöriger, daß Senat und Bürgerschaft die Fehlentscheidung von 1948 korrigieren und das Gefängnis verlagern werden.

Mehr als sechs Jahre nach dem Verlagerungsbeschluß sollte endlich der Senat seinen Worten Taten folgen lassen. Der Senat kann unmöglich die Fehlentscheidung von 1948 mit ins nächste Jahrtausend übernehmen; damit würde er seine Glaubwürdigkeit in Frage stellen. Die Teilnehmer der Beratung fordern deshalb von Senat und Bürgerschaft die Verabschiedung eines verbindlichen Terminplanes zur Realisierung ihrer Beschlüsse.

Die in der Amicale Internationale zusammengeschlossenen Überlebenden des KZ Neuengamme sind in sehr großer Sorge, ob

sie selber noch die Neugestaltung der Gedenkstätte erleben können. Dieser Ort, an dem sie Zehntausende ihrer Kameraden starben sahen und der einem Friedhof gleichkommt, muß mit der gebührenden Würde begegnet werden. Es sollte eine Stätte der Mahnung und Dokumentation von internationaler Bedeutung sein. Nicht nur die noch lebenden ehemaligen Häftlinge des KZ Neuengamme, sondern auch nachwachsende Generationen werden den Hamburger Senat aufgrund seiner Handlungen bewerten.

Damit die Inschrift an der Stele des Ehrenmals in Neuengamme mit Leben erfüllt wird:

**„Euer Leiden, Euer Kampf und Euer Tod
sollen nicht vergebens sein.“**

Hamburg-Neuengamme, 9. März 1996

Ständige Ausstellung in restaurierter Gudensberger Synagoge eröffnet

von Ulrike Lange-Michael

Mehr als 300 Jahre lang prägten Menschen jüdischen Glaubens das Leben in der Kleinstadt Gudensberg mit, kamen zu Wohlstand und Ansehen, waren im örtlichen Parlament vertreten. Schließlich bauten sie Mitte des 19. Jahrhunderts eine große

Synagoge aus Stein, die 90 Jahre lang Mittelpunkt ihrer Gemeinde war.

Seit 1938 leben in Gudensberg keine Juden mehr. Sie wurden vertrieben, wanderten aus, viele starben in den Vernichtungslagern während der Nazizeit.

Die Synagoge wurde an einen Geschäftsmann verkauft, jahrzehntlang als Lager-

haus genutzt. Im Bewußtsein der Menschen war sie vergessen, verdrängt wie das gesamte düstere Kapitel der Judenverfolgung und -vernichtung.

Daß jetzt nach zehnjähriger Planungs- und Bauarbeit dieses Baudenkmal saniert, renoviert und mit neuen Nutzern der Öffentlichkeit vorgestellt werden kann, ist Ergeb-



Denk-Mal von Dina Kunze am Eingang zur Synagoge: Der Durchbruch im Stein soll eine Öffnung zu Frieden und Toleranz symbolisieren. Foto: Hans-Peter Klein.



Blick auf die Empore der Synagoge mit der ständigen Ausstellung. Foto: Hans-Peter Klein.

nis vieler Diskussionen und teilweise harter Arbeit. Bürgermeister Paul Dinges, der am Dienstagabend bei der offiziellen Feier die Gäste begrüßte, ließ diese zehn Jahre seit dem ersten Antrag der Grünen-Fraktion im Stadtparlament Revue passieren.

Behutsam und vorsichtig habe man sich dem Thema nähern müssen, so Dinges. Denn die Akzeptanz in der Bevölkerung sei zunächst nicht vorhanden gewesen für ein Projekt wie die Rettung der ehemaligen Synagoge. Doch Parlament, Ausschüsse, Magistrat, der Arbeitskreis Synagoge und schließlich eine eigens gegründete Synagogenkommission suchten und fanden Lösungen.

Gedenkandachten fanden statt, eine Ausstellung zum Alltagsleben der Gudensberger Juden; schließlich wurde das Gebäude 1990 erworben und 1991 mit der Außensanierung begonnen. Mittel stellten das Land und der Kreis zur Verfügung, denn das Gebäude des jüdischen Architekten Albrecht Rosengarten wurde bereits 1985 unter Denkmalschutz gestellt. Land und

Kreis übernahmen letztlich 440.000 der 660.000 DM Gesamtkosten.

„Die Mühe und Arbeit haben sich gelohnt.“ Zu diesem Schluß kam am Dienstagabend nicht nur der Bürgermeister. Auch Landrat Jürgen Hassender freute sich über die gelungene Restaurierung, von der sich die Gäste an Ort und Stelle überzeugen konnten. Als einen „Ort der Erinnerung“ bezeichnete er das Gebäude, das bau- wie kulturgeschichtlich die bedeutendste erhaltene Synagoge im Schwalm-Eder-Kreis darstelle. Zum Öffnen für die und Lernen aus der Geschichte trage auch die Nutzung durch die Musikschule Schwalm-Eder Nord bei.

Daß die Schüler und ihre Lehrer gerne in ihre neuen Räume kommen werden, versicherte Gudrun Häusler, Vorsitzende der Musikschule. Schließlich habe sich Gudensberg nach Melsungen zum zweitgrößten Standort der Schule entwickelt.

Neben dem DRK-Ortsverein, der im Erdgeschoß untergebracht ist, beherbergt die ehemalige Synagoge auf der Galerie eine

ständige Ausstellung zur Geschichte der Gudensberger Juden, die von Hans-Peter Klein und dem Ehepaar Müller zusammengestellt wurde und noch ergänzt werden soll.

Einen besonderen Akzent setzte bei der Eröffnung die deutsch-israelische Künstlerin Dina Kunze, die ein Denk-Mal gestaltet hat. Es wurde am Dienstag am Eingang der Synagoge von der Hintergasse aus enthüllt.

Das Denkmal aus Sandsteinen soll das sich Öffnen zum Frieden und zur Toleranz symbolisieren und mit seinen deutschen und hebräischen Inschriften an die gemeinsamen Wurzeln erinnern. Als Kind zweier Auschwitz-Überlebender sieht Dina Kunze eine besondere Verpflichtung zur Gestaltung solcher Kunstwerke und Mahnmale.

(„Fritzlar-Homberger Allgemeine“ vom 9. November 1995)



Potsdamer Appell

Dem Gedenken müssen Taten folgen! NS-Justiz nicht verurteilt, die Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit warten auf die längst überfällige Rehabilitierung und Entschädigung.

In den letzten Wochen wurden in der Öffentlichkeit viele mahnende Worte zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gesprochen.

Es besteht die Gefahr, daß der 27. Januar - als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus - die Öffentlichkeit in und außerhalb Deutschlands beruhigt und zur "Gedenkroutine" verkommt, wenn diesen Worten keine politische Handlungen zugunsten der Opfer folgen.

Wir fordern von den Verantwortlichen, daß dem Gedenktag politische Handlungen folgen, die über anerkennende Worte hinausgehen:

- **Unrechtserklärung aller Urteile der NS-Militärjustiz und der Sondergerichte durch den Bundestag.**
- **Rehabilitierung der NS-Militärjustizopfer durch eine Erklärung des Bundestages (analog der Erklärung für Opfer des SED-Unrechts (1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz)).**
- **Finanzielle Förderung der geschichtlichen und politischen Aufarbeitung der NS-Unrechtsjustiz.**
- **Entschädigung nach den Grundsätzen des Bundesentschädigungsgesetzes.**
- **Kennzeichnung (Gedenktafel, Denkmale etc.) von Orten des NS-Justizunrechts, einschließlich des Berliner Reichskriegsgerichts, als Orte des Gedenkens an die Opfer.**

Bis heute sind ganze Opfergruppen (Kriegsdienstverweigerer, Homosexuelle, Deserteure, deutsche und im Ausland lebende ZwangsarbeiterInnen, sogenannte Asoziale, Euthanasie-Geschädigte, Psychiatrie-Opfer, KommunistInnen u.a.) von der gesetzlichen Leistung des Bundesentschädigungsgesetzes ausgegrenzt. Diese Opfergruppen haben kaum eine Lobby, finden kein politisches Gehör, bleiben mit ihren Forderungen nach Entschädigung und Rehabilitierung allein.

Wie ernst nehmen die Verantwortlichen ihre Verpflichtung, die längst überfällige moralische und rechtliche Anerkennung der Opfer umzusetzen?

Die Rolle der NS-Justiz kam in den offiziellen Reden zum Gedenktag am 27.1.1996 nicht zur Sprache.

Die NS-Terrorjustiz hat über 46.000 Todesurteile zu verantworten. Sie wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) als "Blutjustiz" bezeichnet. Bis heute ist von deutschen Gerichten kein einziger NS-Jurist rechtskräftig verurteilt worden.

Von den etwa 3.000 NS-Militärjuristen wurden über 30.000 Todesurteile unterzeichnet, die mehr als 20.000 Menschen das Leben kosteten. Es waren dies Urteile u.a. wegen sogenannter "Wehrkraftzersetzung", wegen Hoch- und Landesverrats, angeblicher Spionage, unterstellter Feindbegünstigung und Fahnenflucht.

Die Urteile des "zivilen" Volksgerichtshofs führten in diesem Zeitraum zu 5.191 Exekutionen.

Die aktuelle Forschung beweist die Mittäterschaft der deutschen Wehrmacht beim Genozid an den europäischen Jüdinnen und Juden bei anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Unbestritten ist, daß die Urteile der Militärjustiz institutionalisiertes Unrecht und ihre Gerichte Terrorinstrumente der Nazi-Diktatur waren. Die Militärrichter haben massenhaft Todesurteile gefällt ohne dazu gezwungen worden zu sein.

Kein Richter der Militärjustiz (Juristen und Offiziere) wurde nach dem Zweiten Weltkrieg verurteilt. In der bundesrepublikanischen Politik und Verwaltung kamen viele ehemalige Militärrichter wieder in höchste Positionen: z.B. der ehemalige Marinerichter und Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Karl Filbinger, oder der ehemalige Militärjurist und Rektor der Universität Marburg, Erich Schwinge und Werner Hülle, Oberlandesgerichtspräsident in Oldenburg u.a..

Vom Reichskriegsgericht, dem höchsten Militärgericht - dort befindet sich heute das Berliner Kammergericht und der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes - wurden nachweisbar 1.189 Todesurteile ausgesprochen, von denen 1.049 vollstreckt wurden. (Zum Vergleich: Im Ersten Weltkrieg wurden 48 Soldaten auf Grund von Militärgerichtsurteilen hingerichtet.)

Vor dem Reichskriegsgericht wurden bis August 1944 zentral alle Verfahren gegen Kriegsdienstverweigerer geführt. Über 260 wegen ihrer Überzeugung zum Tod Verurteilten, wurden hingerichtet.

So wurden z.B. am 9. August 1943 zusammen mit Franz Jägerstätter 16 Kriegs-



dienstverweigerer im Zuchthaus Brandenburg geköpft.

Die angemessene Markierung der Orte der verbrecherischen Wehrmachtsgerichtsbarkeit ist längst überfällig!

Wie wenig ernst das Gedenken von offizieller Seite genommen wird, zeigen die Auseinandersetzung um die Anbringung der Gedenktafel im Sommer 1995 für den österreichischen Kriegsdienstverweigerer Franz Jägerstätter und um die Gedenktafel für alle Kriegsdienstverweigerer am Gebäude des ehemaligen Reichskriegsgericht 1989 in Berlin.

Der Appell soll zum 8. Mai oder 20. Juli öffentlich bekannt gemacht werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden weitere Unterzeichner gesucht.

ErstunterzeichnerInnen des Aufrufes zum Stand 19.03.1996:

Aktives Museum (Berlin), **Ludwig Baumann** (Wehrmachtsdeserteur), **Kambiz Behbahani** (BV Bündnis 90/Grüne), **Michael Behrendt** (Dipl. Pol., Berlin), **Anthony Bennett** (Maler, Berlin), **Lutz Boede** (ADIA-AK-2/3 Welt e.V.), **Kurt Buck** (DIZ, Dokum.- u. Informationszentrum Emslager), **Christian Büttner** (Friedensforscher, Berlin), **Bund der Antifaschisten** (Berlin), **Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V.**, **Hans Coppi** (Historiker, Sohn der ermord. Antifaschisten Hilde u. Hans Coppi), **Dr. Torsten Ehrke** (Landesgeschäftsf., Bündnis 90/Grüne, Brandenburg), **Franziska Eichstädt-Bohling** (MdB), **Emslandlager-Gemeinschaft Förderverein Papenburg e.V.**, **Lothar Evers** (Journalist, Köln), **Feministische Partei DIE FRAUEN**, **Friedenszentrum Braunschweig**, **Stephan Frielinghaus** (Pfarrer, Berlin), **Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen** (Brandenburg), **LV Bündnis 90/Die Grünen** (Berlin), **LV Bündnis 90/Die Grünen** (Hessen), **Dr. Detlef Garbe** (Leiter der Gedenkstätte KZ-Neuengamme),

Sonja Gericke (Ärztin, Berlin), **Dr. Grifschneider** (Jurist, München), **Ulrike Gramann** (Germanistin, Berlin), **Grüne Jugend** (Berlin), **Peter Fieser** (Mitarbeiter LV Bündnis 90/Grüne, Berlin), **Andrea Fischer** (MdB, Berlin), **Alfred Hausser** (Interessengem. ehem. Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime), **Franziska Jägerstätter** (Witwe des 1943 ermordeten Kriegsdienstverweigerers Franz Jägerstätter, Österreich), **Frank John** (Schlosser, Berlin), **Dr. Norbert Haase** (Stiftung Sächsischer Gedenkstätten), **Hellmut G. Haasis** (Schriftsteller, Thaddäus-Troll-Preisträger), **Angela Helfer** (Dipl. Soz.-Päd., Bonn), **Christian Herz** (Sprecher der Kampagne gegen die Wehrpflicht), **Dr. Otto Hennicke** (Militärhistoriker, Potsdam), **Stefan Hölzer** (Bundessprecher VVN-BdA), **Uwe Hübsch** (BVV-Verordneter, B.-Kreuzbg.), **Humanistische Union** (LV Berlin), **Jakob Knab** (Autor, Pax Christi, Kaufbeuren), **Günter Knebel** (Evang. AG zur Betreuung der KdVer Bremen), **Paul Kohl** (Journalist, Berlin), **Herrmann Kuhn** (Vizepräsident der Bremerischen Bürgerschaft), **Helmut Kramer** (Richter am OLG Oldenburg a.D.), **Dr. Dieter Kürschner** (Militärhistoriker, Leipzig), **Udo Kroth** (Ingenieur, Berlin), **KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora**, **Fritz Letsch** (Theaterpädagoge, München), **Konrad Lübbert** (Versöhnungsbund), **Uwe Maroske** (Bildhauer), **Prof. Manfred Messerschmidt** (Militärhistoriker), **Matthias Mücke** (Stud. phil., Berlin), **W-D. Narr** (Hochschullehrer, Berlin), **Neues Forum** (Berlin), **Neue Gesellschaft für Bildende Kunst** (NGBK, Berlin), **Jutta Oesterle-Schwerin** (Politikerin, Bonn), **Dietje Oudesluips** (Holländerei, Berlin), **Helmuth Prieß** (Oberstleutnant a.D., DARMSTÄDTER SIGNAL), **Dr. Erna Putz** (Biographin von F. Jägerstätter, Österreich), **Jürgen Reents** (Pressesprecher der PDS-MdB-Fraktion), **Republikanischer Anwältinnen- und Anwaltsverein e. V.**, **Andreas Sander** (Student, Berlin), **Dr. Bärbel Schindler-Saefkow** (Tochter des ermordeten Antifaschisten Saefkow), **Monty Schädel** (Bundeswehrdeserteur, Landesgeschäftsführer, DFG-VK Meckl.-Vorp.), **Norbert Schellberger** (MdB, Berlin), **Andreas Schroth** (Stud.

pol., Berlin), **Brigitte Schmidt** (Juristin, Neuss), **Dr. Ulrich Schneider** (Historiker, Bundessprecher VVN-BdA), **Bram Slaager** (Rotterdam, Zwangsarbeiter), **Ralf Siemens** (Dipl. Pol., Berlin), **SPD-Kreuzberg** (Berlin), **Pfarrer Steinkellner** (St. Rade-gund/Österr.), **Hans-Christian Ströbele** (Rechtsanwalt, Berlin), **Sonnhold und Uli Thiel** (DFG-VK Ba.-Wü.), **Susanne Thoma** (Dipl.-Pol.), **Totalverweigerer Initiative** (Braunschweig), **Dr. Michael Venedey** (Friko., Berlin), **Dietmar Volk** (MdB, Berlin), **VVN-BdA** (Aachen), **VVN/Bund der Antifaschisten** (NRW), **P.C. Walter** (Bundessprecher der VVN-BdA), **Gisela Wenzel** (Geschichtswerkstatt, Berlin), **Laura v. Wimmersperg** (Berlin), **Michael Wartenberg** (Landesgeschäftsf. Bündnis 90/Grüne, Berlin), **Susanne Willems** (Historikerin, Bochum), **Gerald Winter** (Dipl. Pol., SPD), **Gerhard Zwerenz** (Schriftsteller u. MdB), und viele andere.

Aktionsbündnis Potsdamer Appell
Oranienstr. 25, (2. Aufg., 1. Etg.)
10999 Berlin
Tel.: 030 - 615 00 5 60
Fax 030 - 615 00 5 99
Email: lothare@ignaz.in-berlin.de
Bankverbindung:
Potsdamer Appell
Konto-Nr.: 64 00 333 50
Sparkasse Berlin: BLZ 100 500 00.



Museum der Kriegsgefangenen in Łambinowice-Opole hat Wettbewerb zur Niederschrift von Erinnerungen Kriegsgefangener ausgeschrieben

Das zentrale Museum der Kriegsgefangenen in Łambinowice-Opole schreibt einen Wettbewerb zur Niederschrift von Erinnerungen der Soldaten aus, die als Kriegsgefangene in den Jahren 1939-1945 in deutschen Kriegsgefangenenlagern in Lamsdorf (Łambinowice) - Stalag VIII B, 318 / VIII F und 344 inhaftiert waren.

Das Ziel des Wettbewerbs besteht in der Sammlung der Berichte über persönliche Erlebnisse der Kriegsgefangenen während des Aufenthaltes in den o.g. Lagern und Arbeitskommandos.

Die Berichte, bis zu 15 Seiten Maschinschrift in polnischer Sprache, die bis jetzt noch nicht veröffentlicht wurden - versehen mit einem Wappen - schicken Sie bitte bis zum 30. Oktober 1996 mit der Anmerkung auf dem Umschlag „Wettbewerb von Erinnerungen der Kriegsgefangenen“ an folgende Adresse:

Centralne Muzeum Jeńców Wojennych w Łambinowicach-Opolu
45-017 Opole
ul. Minorytów 3

Dem Bericht ist ein zugeklebter Briefumschlag - versehen mit demselben Wappen - mit Namen, Vornamen und der Adresse des Verfassers beizulegen.

Die Entscheidung des Wettbewerbs erfolgt im Januar 1997. Eine Jury wird an die besten Autoren Preise und Auszeichnungen verleihen, sowie die Berichte zur Veröffentlichung im „Łambinowski Rocznik Muzealny“ (Łambinowicer Museumsjahrbuch) vorschlagen.

Forschungsübersicht

Neuere Forschungsvorhaben über NS-Geschichte und Gedenkstätten - Fortsetzung des Überblicks -

Name: Dr. Insa Eschebach, c/o FU Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung
Straße: Malteserstr. 74-100
PLZ, Ort: 12249 Berlin
Tel./Fax: 030-7792218 / 030-7759685
Arbeitstitel: Weiblichkeitskonstruktionen in den Akten der DDR-Justiz. Eine quellenkritische Studie zu den Strafprozeßunterlagen von 29 SS-Aufseherinnen des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück
Institution: s.o.
Ergebnis: Publikation
Veröffentlichung: ca. 1998

Name: Guido Fackler
Straße: Am Lossele 13
PLZ, Ort: 79211 Denzlingen
Tel./Fax: 07666-5052
Arbeitstitel: Musik/Jazz im NS-Lagersystem
Institution: VW-Forschungsprojekt „Kultur in nationalsozialistischen Konzentrationslagern - Kultur als Überlebens-technik“ am Institut für Volkskunde der Universität Regensburg
Ergebnis: Dissertation
Veröffentlichung: 1996



Name: Förderverein Dokumentationsstätte Stalag
326 (VI/K) Senne e.V., c/o Werner Busch
Straße: Mozartweg 34
PLZ, Ort: 33758 Schloß Holte-Stukenbrock
Tel./Fax: 05207-2336

Arbeitstitel: Gefangene der NS-Ideologie

Institution: /

Ergebnis: Dauerausstellung

Veröffentlichung: Eröffnung am 21.06.1996 um 16.00 Uhr

Name: „Geschichtswerkstatt General-Pape-Straße“,
c/o Rolf Scholz
Straße: Werner-Voß-Damm 54 A
PLZ, Ort: 12101 Berlin
Tel./Fax: 030-7854610

Arbeitstitel: Das Gefängnis der SA-Feldpolizei in der
Kaserne an der General-Pape-Straße

Institution: /

Ergebnis: Buch

Veröffentlichung: Febr. 1996, Berlin

Name: Constanze Jaiser
Straße: Fürbringerstr. 20 A
PLZ, Ort: 10961 Berlin
Tel./Fax: 030-6925708

Arbeitstitel: Der Blick zurück durchs Höllentor: Gedichte
von Frauen aus dem ehemaligen Frauenkon-
zentrationenlager Ravensbrück

Institution: Freie Universität Berlin

Ergebnis: Dissertation / Anthologie

Veröffentlichung: ca. 1998

Name: Dr. Ursula Krause-Schmitt
Straße: Sudetenstr. 7
PLZ, Ort: 63486 Bruchköbel
Tel./Fax: 06181-75475

Arbeitstitel: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten
des Widerstands und der Verfolgung 1933-
1945 Baden-Württemberg II.

Institution: Studienkreis Deutscher Widerstand, Rosser-
str. 9, 60323 Frankfurt, Tel.: 069-721575

Ergebnis: Buch

Veröffentlichung: 1997

Name: Renate Riebe
Straße: Ferdinand-Wallbrecht-Str. 50
PLZ, Ort: 30163 Hannover
Tel./Fax: /

Arbeitstitel: Geschlechtsspezifische Untersuchung der
"Lebensbedingungen" von Häftlingen in den
Konzentrationslagern bis 1939

Institution: Universität Hannover, Historisches Seminar,
Prof. Claus Füllberg-Stolberg

Ergebnis: Dissertation.

Veröffentlichung: 1998

Name: Ilse Henneberg
Straße: In den Dänen 20
PLZ, Ort: 28857 Syke
Tel./Fax: 04240-1067

Arbeitstitel: „Vom Namen zur Nummer“ - SS-Dokumente,
Häftlingszeichnungen und Berichte zum Ein-
lieferungsritual in Konzentrationslager

Institution: Projektkurs „Spurensuche“ der Oberstufe der
Kooperativen Gesamtschule Stuhr-Brinkum

Ergebnis: Wanderausstellung / Buch

Veröffentlichung: Die Ausstellungseröffnung ist am 03.06.1996
in der KGS Stuhr. Das Buch erscheint im Juni
1996 in Bremen.



Veranstaltungshinweise

25.-28. April 1996: Riesa/Zeithain:

50. Jahrestag der Gründung der Gedenkstätte Zeithain

Im Sommer dieses Jahres jährt sich zum 50. Mal die Einweihung des Ehrenhain in Zeithain. Auf Veranlassung der sowjetischen Militäradministration (SMAD) im Land Sachsen wurde 1946 das Ausmaß der an Kriegsgefangenen und Internierten aus mehreren Ländern Europa im STALAG 304 H bei Jacobsthal untersucht. Die Mehrzahl der Opfer sind Kriegsgefangene aus den Reihen der Roten Armee gewesen. Bewiesen sind außerdem Tote italienischer, polnischer und serbischer Nationalität.

Aus Anlaß des Jahrestages wird vom 25.-28. April in Riesa eine internationale Fachtagung stattfinden. Neben Wissenschaftlern werden ehemalige Lagerinsassen und Angehörige von Opfern aus der Russischen

Föderation, Polen, Italien, Frankreich und den USA teilnehmen.

Hinzu kommen Vertreter von Gedenkstätten und wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland.

Die Tagung wird von der Sächsischen Gedenkstätten Stiftung und der Gesellschaft „Sachsen-Osteuropa e.V.“ unterstützt.

Vorträge und Diskussionen zur Thematik, Exkursionen zu den ehemaligen STALAG 304 H und IV B und ein Erfahrungsaustausch zur Arbeit an den Gedenkstätten stehen auf dem Veranstaltungsplan. Erstmals soll ein Dokumentarfilm über die Arbeit der Sonderkommission der SMAD, von einem Freiburger Kamerateam gedreht und in einem Moskauer Archiv aufgefunden, gezeigt werden. Auch eine Sonderausstellung ist in Vorbereitung.

Weitere Informationen und Anmeldung: Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dr. Norbert Haase, Bergstraße 54, 01069 Dresden, Tel.: 0351-4723460 oder: Projektleiter „Zeithain 96“, Bernhard Nowotny, Straße der Einheit 14, 01589 Riesa, Tel: 03525-632355.

10.-12. Mai 1996 Tübingen:

Ende der Aufarbeitung des NS?

Eine Tagung der Geschichtswerkstatt Tübingen und anderer Gruppen, die sich nach dem „Gedenkjahr“ 1995 mit den politisch motivierten Versuchen, einen „Schlußstrich“ zu setzen, auseinandersetzen wird.

Anmeldung und weitere Informationen: Geschichtswerkstatt Tübingen, c/o Martin Ulmer, Vogthaldenstr. 51, D-72074 Tübingen, Tel.: 07071 - 23770.

Ausstellungen

Juden im KZ Sachsenhausen 1936 - 1945. Eine Wanderausstellung der Gedenkstätte Sachsenhausen

Projektbeschreibung

Nachdem die Aufarbeitung und Darstellung der Geschichte der jüdischen Häftlinge des KZ Sachsenhausen von der DDR über Jahrzehnte vernachlässigt worden war, hat die Gedenkstätte Sachsenhausen schon bald nach der Wende eine erste Dokumentation zur Geschichte der „Juden im KZ Sachsenhausen 1936-1945“ erarbeitet. Die seit 1992 im Neuen Museum präsentierte Ausstellung fand breite und überwiegend positive Resonanz. Daher ist von verschiedenen Seiten der Wunsch an uns herangetragen worden, sie auch an anderen Orten

zu zeigen. Die Ausstellung wurde als Wanderausstellung in einer englischen und einer deutschen Version grundlegend neu gestaltet sowie inhaltlich überarbeitet und ergänzt. Sie wurde durch die beiden Staatspräsidenten Israels und Deutschlands am 14. Januar 1996 offiziell eröffnet.

Ausstellungsexposé

Thematisch in vier Abschnitte gegliedert, dokumentiert die Ausstellung Ursachen und Anlässe der Einlieferung von Juden und deren Schicksal im Konzentrationslager Sachsenhausen. Anhand von Einzelbeispielen bekannter und unbekannter jüdischer Häftlinge werden biographische Lebensläufe dargestellt. Bild und Textdokumente, größtenteils aus der Sammlung der Ge-

denkstätte Sachsenhausen, verdeutlichen die verschiedenen Stationen des Leidensweges der Häftlinge: Von der Einlieferung ins Lager über die unmenschlichen Existenz- und Arbeitsbedingungen, geprägt durch Erniedrigung, Folter, Hunger, Mißhandlungen und Tötungen bis zur Entlassung oder Befreiung der wenigen Überlebenden. Evident werden aber auch die Versuche jüdischer KZ-Gefangener, selbst unter schwierigsten Bedingungen ihre Menschenwürde und ihre kulturelle Identität zu bewahren.

Statistische und chronologische Daten runden das Gesamtbild der Darstellung ab.

Die Exposition bezieht ebenfalls die Geschichte der Jüdischen Gemeinde Oranienburg sowie die Leidensgeschichte jüdischer



Häftlinge des frühen KZ Oranienburg 1933-1934 mit ein. Ein nach Unterlagen des Standesamtes Oranienburg zusammengestelltes Gedenkbuch nennt die bisher bekannten Namen der in Sachsenhausen umgekommenen jüdischen Opfer. Schließlich behandelt die Ausstellung auch den 1992 verübten Brandanschlag auf die „jüdischen“ Baracken 38 und 39 und zeigt die planerischen Entwürfe der verschiedenen Architekten zu deren Wiederaufbau.

Begleitveranstaltungen

Folgende Dokumentarfilme aus unserer Videothek können für Begleitveranstaltungen kostenlos ausgeliehen werden:

- „Todeslager Sachsenhausen“ Deutschland 1946, s/w ca. 38 min.
- „Berlinskij Prozess“ UdSSR 1948, s/w ca. 35 min (Deutsch untertitelte Fassung mit einem Kommentar von Prof. Wolfgang Benz).

- „Konzentrationslager Oranienburg - Sachsenhausen 1933-1945“ Deutschland 1995, s/w und Farbe, 30 min.

Aufbau der Ausstellung

Die Ausstellung umfaßt 56 Schautafeln (210 cm x 30 cm und 210 cm x 60 cm) aus Alucobond, die mit Verbindungselementen des Systems Voluta gruppiert wurden, sowie drei Vitrinen bei einem Raumbedarf von insgesamt ca. 120 - 150 qm. Alle Tafeln werden numeriert, um den Aufbau zu erleichtern. Für den Transport werden die Tafeln verpackt. Vitrinen können nicht ausgeliehen werden.

Ausleihbedingungen

Die Ausleihe der Ausstellung ist kostenlos. Der Veranstalter trägt lediglich die Transport- und Versicherungskosten. Die Ausstellung hat einen Versicherungs-

wert von 50.000,- DM.

Interessenten wenden sich bitte an:

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten / Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg. Telefon: (03301) 81 09 15 und 81 09 18; Telefax: (03301) 80 37 18 und 81 09 28.

Wanderausstellung: „Bergen-Belsen. Frauen im Konzentrationslager“

Die Ausstellung ist zu beziehen über: Renate Deuter, Schauffelderstr. 21a, 30167 Hannover. Tel: (0511) 703065.

Die Kosten betragen inklusive Transport, Auf- und Abbau und Versicherung maximal 10.000 DM. Zu der Ausstellung gibt es einen gleichnamigen 60-seitigen Katalog mit 34 Abbildungen.

Literaturhinweise

Ulrike Puvogel, Martin Stankowski unter Mitarbeit von Ursula Graf: **Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus - Eine Dokumentation**. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1995. Band 245 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung.

United States Holocaust Memorial Museum: **Historical Atlas of the Holocaust**. New York 1996. Macmillan Publishing.

Werner Nickolai: **Gedenkstättenpädagogik mit sozial benachteiligten Jugendlichen**. Freiburg 1996. Lambertus-Verlag.

Jahrbuch für Pädagogik 1995: **Auschwitz und die Pädagogik**. Frankfurt/M. 1995.

Gerd R. Ueberschär (Hg.): **Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der**

Bund deutscher Offiziere. Frankfurt 1995. S. Fischer TB.

Bärbel Maul, Axel Ulrich: **Das KZ-Außenkommando „Unter den Eichen“**. 3., aktualisierte Auflage. Wiesbaden 1995.

Manfred Burba: **Treblinka. Ein NS-Vernichtungslager im Rahmen der „Aktion Reinhard“**. Göttingen 1995. Zu beziehen über: Dr. M. Burba, Gutenbergstraße 1, 37075 Göttingen.

Giuseppe Zambon (Hg.): **Abels Gesichter - Auschwitz**. Frankfurt/M. 1995.

Staatliches Museum Gross-Rosen: **Die Völker Europas im KL Gross-Rosen**. Materialien der internationalen wissenschaftlichen Tagung vom 8.-9. Juni 1995. Walbrzych 1995.

Holocaust Resource Center and Archives: **Educational Resource Guide on the Holocaust**. A Selected Bibliography and Audio-Visual Catalogue. New York 1996. Fax über Queensborough Community College: 001-718-225 1617.

Matthias Haß: **„Political Memory“**. Studien zur Planung und Realisierung des Holocaust Memorials in Washington. Berlin 1995. Magisterarbeit zu beziehen über: M. Haß, Anhalter Straße 7, 10963 Berlin.

Video:

Stephan Kern und Jürgen Weber: **Wie Dachau an den See kam...** . Dokumentation über den Überlinger KZ-Stollen und das Gedenken. Konstanz 1995. Zu beziehen über: querblick, Gottlieb-Daimler-Straße 3, 78467 Konstanz.

GEDENKSTÄTTEN-RUNDBRIEF

GEDENKSTÄTTEN FÜR DIE OPFER DES NS-REGIMES - EINE ÜBERSICHT

SONDERNUMMER

Diese Sondernummer des Gedenkstätten-Rundbriefs kann bezogen werden über:

Stiftung Topographie des Terrors
Gedenkstättenreferat
Budapester Straße 40
D-10787 Berlin
Fax: 030-261 3002.

Die Kosten sind wie folgt (jeweils zzgl. Versandkosten):

1 Heft (englisch oder deutsch)
ab 10 Exemplare pro Heft

5.- DM
3,- DM

1 Paar (je einmal deutsch und englisch)
ab 10 Exemplare pro Paar

8.- DM
5.- DM.